



# FLASCHENPOST

*Nachrichtensmagazin der Piraten*



## UNSER TRAUM FÜR EUROPA!

**PIRATENWELT | 38**

**KOMMUNALPOLITIK –  
Ein Piratenthema?**

**PROGRAMM | 10**

**QUO VADIS PIRATEN –  
Auf den Inhalt kommt es an**

**DEBATTEN | 20**

**Unsere EUROPA-  
KANDIDATEN**

**PIRATENWELT | 34**

# Herzlich willkommen zur dritten FLASCHENPOST Print-Ausgabe!

Die Piraten sind eine internationale Bewegung. Seit der Gründung der ersten „Piratpartiet“ in Schweden im Jahr 2006 haben sich Piraten in über 60 Ländern rund um Globus zusammengefunden um sich gemeinsam unsere politischen Ziele zu vertreten.

Mehr als die Hälfte all dieser Piratenparteien gründete sich in Europa und bilden schon heute eine starke Gemeinschaft. Nun schließen sich diese Parteien sogar unter einer Flagge zusammen, um gemeinsam ins Europäische Parlament einzuziehen.

Natürlich brauchte es dafür ein auch gemeinsames Programm, dass die erfolgreichen Piratenabgeordneten dort vertreten können. Bereits in sechzehn Ländern haben die Piraten dieses gemeinsame Programm verabschiedet: Wir werden gemeinsam in ganz Europa für Bürgerbeteiligung, Open Government, Transparenz, Datenschutz, Flüchtlingspolitik, Urheberrecht, Freie Kultur und Freies Wissen und natürlich Netzpolitik eintreten.

Bis es soweit ist, steht allerdings erstmal der nächste Wahlkampf an; bis zur Europawahl am 25. Mai. Das Ziel ist ein gemeinsamer Wahlkampf, ein gemeinsamer Erfolg. Für Europa.

Die Zukunft sieht gut aus - und mit dieser Ausgabe wollen wir unsere Leser an diesem zukünftigen Erfolg und unserer Vision für Europa teilhaben lassen!

Viel Spaß beim durchstöbern. Wir lesen uns!

Gefion Thürmer

Für die Flaschenpost-Redaktion



Gefion Thürmer | Foto: CC-BY Tobias M. Eckrich

# Inhaltsverzeichnis

<b>PROGRAMM</b>	
EUROPA-Wahlprogramm	4
KOMMUNALPOLITIK – Ein Piratenthema?	10
<b>NACHRICHTEN</b>	
NSA vs Google, Yahoo, Journalisten und Ströbele	12
NIEDER mit der 3% Hürde!	14
Rechtsanwälte GEGEN TOTALÜBERWACHUNG!	16
SO-Books	18
<b>DEBATTEN</b>	
QUO VADIS PIRATEN – Auf den Inhalt kommt es an	20
QUO VADIS PIRATEN – Wir sind sozialliberal	22
<b>PIRATENWELT</b>	
Wir sind nicht allein - PIRATENPARTEIEN Europas vereinigt Euch!	29
PIRATENPARTEIEN rund um den Globus	32
Unsere EUROPAKANDIDATEN	34
Unser TRAUM für EUROPA	38
OPENANTRAG	40
Buchbesprechung – GEHEIMER KRIEG	42
<b>VERANSTALTUNGEN</b>	
BPT Rückblick	44
Wie laufen PARTEITAGE?	46
<b>EXTRA</b>	
PLAKATE	25
KREUZWORTRÄTSEL	49
Spendenaufruf	50
Impressum	50
AUFNAHMEANTRAG	51

# EUROPA- Wahlprogramm

Ein Artikel von Holger Burbach

Das Wahlprogramm zur Europawahl 2014 wurde auf dem Bundesparteitag 14.1 in Bochum am 4./5. Januar 2014 verabschiedet. Im folgenden Text wird das Programm in einer verkürzten Übersicht dargestellt.

## Präambel:

Die aktuellen Krisen dürfen nicht dazu führen, dass die europäische Integration aufgegeben wird. Als Teil einer transnationalen Bewegung sieht sich die Piratenpartei in besonderer Verantwortung hierfür.



## Demokratie-Upgrade für das Europa von heute:

Die Bürger sollen in EU-weiten Abstimmungen über die europäische Gesetzgebung entscheiden können. Die Initiativ- und Beschlussrechte des Europäischen Parlaments als parlamentarischer Gesetzgeber der EU sollen ausgeweitet werden.

Das Europäische Parlament soll Initiativrecht bekommen.

Der ESM-Vertrag verstößt gegen die fundamentalen Rechtsprinzipien und Grundsätze einer demokratischen Staatsordnung (wie den Parlamentsvorbehalt und das Rechtsstaatsprinzip), sowie gegen die Transparenz-Grundsätze der Piratenpartei. Zur Korrektur stellt die Piratenpartei verschiedene Forderungen auf.

Die Piratenpartei fordert die Offenlegung jeglicher Korrespondenz mit und Einflussnahme von Interessenverbänden und Lobbyisten auf den europäischen Gesetzgebungsprozess.



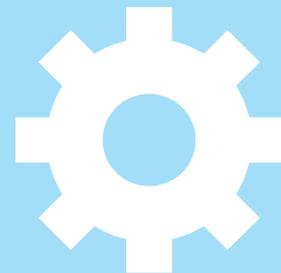
## Zukunft Europa - Europa in 20 Jahren:

Die Piratenpartei fordert die Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung (Verfassungskonvent) für die Europäische Union.

Direktdemokratische Elemente sollen auf allen Ebenen der EU die repräsentativen Institutionen der europäischen Föderation ergänzen.

Das direkt von den Bürgern gewählte europäische Parlament soll gemeinsam mit einer zweiten Kammer, in der die föderalen Elemente ihre Interessen vertreten können (dem heutigen Europäischen Rat und dem Ministerrat), die Kompetenzen auf gesetzgeberischer Ebene, bei der Wahl einer europäischen Regierung und der Kontrolle wichtiger Staatsorgane erhalten.

Die Europäer sollen gemeinsam entscheiden, welche Politikfelder sie auf welcher Ebene angesiedelt sehen wollen.



## Wirtschaft:

Rechtsgeschäfte der öffentlichen Hand müssen transparent sein.

Die Piratenpartei setzt sich dafür ein, dass sich die Geschäftsbanken auf ihre volkswirtschaftliche Aufgabe, die Kreditvergabe an die Realwirtschaft, konzentrieren. Dagegen sollen die Geldschöpfung durch Kredite zum Zwecke von Finanzspekulationen oder Finanzinvestitionen sowie die Geldschöpfung zum Kauf von Finanzvermögen derart eingeschränkt werden, dass die bisher vorhandenen Risiken für die europäische Gesellschaft entfallen.

Finanzielle Probleme von Banken dürfen nicht wie bisher zu Lasten der Steuerzahler gehen. Die Piratenpartei fordert eine Bankenregulierung, die Schieflagen durch scharfe Eigenkapitalvorschriften vermeidet. Eigentümer und Gläubiger müssen in Krisen an den Verlusten beteiligt werden. Auch echte Insolvenzen bzw. Abwicklungen müssen möglich sein.

Die Piratenpartei fordert Transparenz im Staatswesen als Voraussetzung für außergewöhnliche Stabilisierungs- und Konsolidierungsmaßnahmen für Mitgliedsstaaten der Europäischen Union.

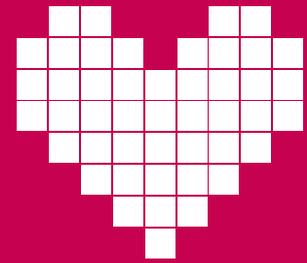
Die Piratenpartei fordert ein Verbot von Geschäften mit Nahrungsmitteln und Agrarrohstoffen sofern sie nicht der Produktion, der verbrauchsbestimmten Verteilung oder der Bereitstellung dienen.

Die Piratenpartei fordert, dass große Unternehmen, die ihren Sitz in einem EU-Staat und einen Jahresumsatz von 100 Millionen Euro oder mehr haben, dazu verpflichtet werden, ihre Maßnahmen zur Bekämpfung von Menschenhandel, Sklaverei, Zwangsarbeit, Schuldknechtschaft und Kinderarbeit in ihren Zulieferketten öffentlich zu machen.



### Steuer und Haushalt:

Die Piratenpartei setzt sich dafür ein, dass die Mitgliedsländer ihre Unternehmenssteuersätze annähern und einheitlichere Besteuerungsgrundlagen schaffen sowie bei der Vervollständigung des Binnenmarktes, der Stärkung von Bildung und Forschung, einer europaweit vernetzten Infrastruktur und einer europaweit geltenden Rechtssicherheit kooperieren. Die Piratenpartei möchte das Haushaltsrecht des EU-Parlaments stärken. Antworten auf die Krise im Euro-raum: Um die Krise dauerhaft zu überwinden, müssen Geld- und Fiskalpolitik in der Eurozone koordiniert und im richtigen Mix eingesetzt werden. Die Piratenpartei fordert ein Aufbau- und Investitionsprogramm („Marshall-Plan 2.0“) für Europa. Es braucht außerdem eine koordinierte Wirtschaftspolitik auf europäischer Ebene. Die Löhne in der Europäischen Union sollten sich am gemeinsam vereinbarten Inflationsziel der Eurogruppe und dem jeweiligen Produktivitätswachstum orientieren. Die Piratenpartei fordert einen effektiven europäischen Aufsichtsmechanismus, der von der EZB unabhängig ist und der zukünftige Kreditexzesse frühzeitig erkennt und wirksam unterbindet. Sie setzt sich für die Gründung einer unabhängigen europäischen Ratingagentur ein.



### Arbeit und Soziales:

Die Piratenpartei setzt sich für die europaweite Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens an und für europaweite Mindestlöhne ein.

Die Piratenpartei fordert weiterhin Maßnahmen, die Sozialdumping verhindern. Die Piratenpartei setzt sich für Chancengleichheit von Arbeitnehmern in Europa unabhängig von ihrer Herkunft oder ihrem Geschlecht ein.

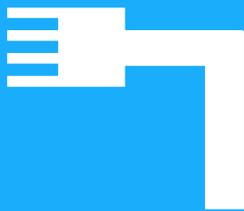
Die Piratenpartei bekennt sich zu starken Gewerkschaften und will das Recht auf Gewerkschaftsvertretung in den arbeitsrechtlichen Vorschriften der EU verankern. Die Piratenpartei möchte erreichen, dass auch Leiharbeiter dieses Recht im Entleihbetrieb wahrnehmen können.

Die Piratenpartei fordert die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention.

**Soziale Familienpolitik:** Die Piratenpartei steht für eine Familienpolitik, die auf dem Prinzip der freien Selbstbestimmung über Angelegenheiten des persönlichen Lebens beruht. Sie setzt sich dafür ein, die einseitige Bevorzugung traditioneller Rollen-, Familien- und Arbeitsmodelle zu überwinden.

Die Piratenpartei setzt sich für die vollständige rechtliche Gleichstellung sämtlicher Lebenspartnerschaften ein. Der Wunsch, eine Familie zu gründen, darf nicht am klassischen Familienbild hängen bleiben.

Die Piratenpartei fordert besondere finanzielle Unterstützung für Familien, Trennungseltern bzw. Versorgungsgemeinschaften, in denen Kinder aufwachsen oder betreuungsbedürftige Menschen gepflegt und versorgt werden. Familienpolitisch hält die Piratenpartei die Realisierung eines Kindergrundeinkommens kurz- bis mittelfristig in den einzelnen Mitgliedsstaaten für sinnvoll.



### Digitales Leben:

Die Piratenpartei will das Recht auf Digitale Teilhabe an der Gesellschaft in der europäischen Grundrechtecharta verankern und den europaweiten Ausbau einer leistungsfähigen Kommunikationsinfrastruktur durch die EU stärker fördern. Das Prinzip der Netzneutralität muss europaweit gesetzlich verankert werden. Die Piratenpartei setzt sich für ein europaweit einheitliches Datenschutzrecht ein. Die Reform des europäischen Datenschutzrechts muss der Datensparsamkeit und informationellen Selbstbestimmung Vorrang geben. Die Piratenpartei

lehnt internationale Handelsabkommen wie ACTA ab. Bereits beschlossene Regelungen, die die Bevölkerung unter Generalverdacht stellen, wie die Vorratsdatenspeicherung, sind abzuschaffen.

Die Piratenpartei setzt sich dafür ein, jedem Menschen kostenlos die Möglichkeit zu geben, elektronische Kommunikation für eine abhörsichere Korrespondenz zu verschlüsseln und rechtskräftig digital zu signieren. Ein Zwang zur Verwendung von amtlich erfassten Namen im Internet ist abzulehnen.

### Immaterialgüterrechte im Informationszeitalter:

Die Schaffung von Gemeingütern (Commons), wie beispielsweise freie Software, freie Kulturgüter, offene Patentpools und freie Bildungsangebote, muss durch geeignete rechtliche Rahmenbedingungen abgesichert und gefördert werden. Die Piratenpartei fordert europaweite Standards für das Urhebervertragsrecht, die die Position der Urheber gegenüber Verwertern stärken und mit dem Interesse der Allgemeinheit ins Gleichgewicht bringen.

Die Piratenpartei lehnt Patente auf Lebewesen und Gene, auf Geschäftsideen und auch auf Software ab.

Die Piratenpartei fordert, dass das Kopieren, Anbieten, Speichern und Benutzen von literarischen und künstlerischen Werken für nichtkommerzielle Zwecke nicht nur legalisiert, sondern durch das Gesetz geschützt und aktiv gefördert wird. Abgeleitete Werke sollen immer erlaubt sein, Ausnahmen sollen sehr spezifisch im Gesetz aufgeführt werden.



### Bildung und Kultur:

Um die Möglichkeiten des technischen Fortschritts verstärkt zu nutzen, unterstützt die Piratenpartei freie und offene Lehr- und Lernmaterialien. Teilhabe an der Bildung darf, auch im Sinne der Freizügigkeit, nicht an Grenzen halt machen. Sprachliche Vielfalt in staatlichen und verwaltenden Institutionen, in denen niemand durch sprachliche Barrieren diskriminiert werden darf, sollten eine Selbstverständlichkeit sein.



### Bürgerrechte und Innenpolitik:

Die Verwendung personenbezogener Daten für Adresshandel, Werbezwecke oder Markt- bzw. Meinungsforschung darf nur mit Einwilligung der Betroffenen möglich sein. Die Piratenpartei spricht sich gegen die Herstellung, Wartung, Betreuung und Erhaltung von Überwachungssoftware aus.



# PIRATEN

## *Europa. Grenzenlos.*

Die Piratenpartei setzt sich dafür ein, dass eine staatliche Informationssammlung, Kontrolle und Überwachung künftig nur noch gezielt bei Personen erfolgt, die der Begehung oder Vorbereitung einer Straftat konkret verdächtig sind.

Die Piratenpartei will, dass die Europäische Grundrechteagentur alle bestehenden europäischen Befugnisse und Programme der Sicherheitsbehörden systematisch und nach wissenschaftlichen Kriterien auf ihre Wirksamkeit, Kosten, schädlichen Nebenwirkungen, auf Alternativen und auf ihre Vereinbarkeit mit unseren Grundrechten untersucht (systematische Evaluierung).

Unnötige und exzessive Überwachungsmaßnahmen der EU will die Piratenpartei wieder aufheben. Die Piratenpartei tritt für ein Moratorium für weitere Eingriffe in unsere Menschenrechte im Namen der inneren Sicherheit ein.

Die Piratenpartei will, dass die Europäische Kommission und der Rat künftig jeden Vorschlag für neue Sicherheitsmaßnahmen noch im Entwurfsstadium von der Europäischen Grundrechteagentur auf seine Vereinbarkeit mit unseren Grundrechten, seine Wirksamkeit, seine

Kosten, seine schädlichen Nebenwirkungen und auf Alternativen begutachten lassen.

Die Sicherheitsforschung soll demokratisiert werden. Die Entwicklung von Technologien zur verstärkten Überwachung, Erfassung und Kontrolle von Bürgerinnen und Bürgern lehnt die Piratenpartei ab. Die EU soll künftig keine grundrechtlich problematische Sicherheitsforschung mehr fördern.

Offene Verwaltungsdaten (außer dem Datenschutz und der Sicherheit unterliegenden Daten) müssen auch auf der EU-Ebene stärker als bisher gefördert werden.

Die Piratenpartei setzt sich für gesetzliche Grundlagen zur systematischen Korruptionsprävention und -verfolgung ein. Sie fordert die Offenlegung der Einflussnahme von Interessenverbänden und Lobbyisten auf politische Entscheidungen. Sie fordert ein verbindliches Lobbyregister für die Institutionen der Europäischen Union.

Die Piratenpartei fordert die Umsetzung UN-Konvention gegen Korruption. Die Piratenpartei fordert die Einführung von Sperrfristen (sog. „Karenzzeiten“) für Mitglieder

der Europäischen Institutionen und leitende EU-Beamte, sofern dem kein höherrangiges Recht entgegensteht.

Die Piratenpartei setzt sich für allgemeine, in allen Mitgliedsstaaten gültige und umfassende gesetzliche Regelungen zum Schutz von Personen ein, die Fälle von Korruption, Insiderhandel oder Ethikverstößen öffentlich machen (sogenannte „Wistleblower“).

Menschen, die vor Diskriminierung, der Verfolgung aufgrund ihrer geschlechtlichen oder sexuellen Identität beziehungsweise Orientierung, vor Klima- und Umweltkatastrophen, aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu einer ethnischen oder religiösen Gruppe oder wegen der Existenzbedrohung durch Armut und Hunger geflohen sind, müssen ebenfalls als asylberechtigt anerkannt werden. Die Piratenpartei lehnt pauschale Kategorisierungen von Staaten als „sichere Herkunftsländer“ ab.

Die Asylpolitik soll die Bestimmungen der Genfer Flüchtlingskonvention sowie der UN-Kinderrechtskonvention respektieren. Alle Mitgliedstaaten sollen gemäß ihren Kapazitäten Flüchtlinge und Asylsuchende aufnehmen. Die EU soll Maßnahmen zur sicheren Grenzüberquerung von flüchtenden Menschen, besonders auf

den Meeren vor Europa, treffen, um diesen die Möglichkeit zu geben, einen Antrag auf Asyl zu stellen. Die Piratenpartei fordert die Abschaffung von Frontex. Die Drittstaatenregelung und deren Konkretisierung in der „Dublin II“-Verordnung lehnt die Piratenpartei ab.

Die Piratenpartei lehnt die Inhaftierung von Asylsuchenden ab und wendet sich gegen Schnellverfahren an Landesgrenzen und auf Flughäfen.

Kindern und Jugendlichen, die geflüchtet sind, muss der Schutz und die Unterstützung zuteilwerden, die alle Kinder in den europäischen Staaten genießen. Dazu gehört insbesondere der Zugang zu Bildung.

Die EU soll eine Initiative anregen, Menschen ohne Papiere eine Perspektive für einen rechtmäßigen Aufenthalt und damit ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen.

Menschen, die in Europa Zuflucht suchen, haben das Recht auf ein menschenwürdiges Leben, auf Bewegungsfreiheit und die Teilhabe an der Arbeitswelt, an Bildung und Kultur. Die Piratenpartei wendet sich gegen eine Begrenzung der Bewegungsfreiheit (Residenzpflicht) für Asylsuchende in den europäischen Staaten. Aus dem Verständnis einer offenen, freien, solidarischen, demokratischen und inklusiven Gesellschaft heraus lehnt die Piratenpartei eine Art des Umgangs mit Geflüchteten ab, die Menschen- und Grundrechte missachtet.

Bewaffnete Drohnen lehnt die Piratenpartei ab. Die Piratenpartei will die Zeitumstellung in der EU abschaffen.



### Verbraucherschutz, Umwelt und Gesundheit:

Jeder Mensch hat das Recht auf Schutz vor Verkehrs- und Industrielärm unter Berücksichtigung des Standes der Technik. Aktiver Schutz (Vermeidung von Lärm an der Quelle) ist dem passivem Schutz (am Wirkungsort) vorzuziehen.

Ein Drogenkonsument darf niemals bestraft werden für Anbau, Herstellung, Erwerb oder Besitz von Rauschmitteln für den Eigenbedarf oder deren Konsum. Die Piratenpartei fordert daher einen Auf- und Ausbau einer vorurteilsfreien Aufklärung über Suchtstoffe und den Umgang mit ihnen. Abhängigkeit muss europaweit einheitlich als Krankheit anerkannt werden. Die Piratenpartei fordert einen Umgang mit Rauschmitteln, der ausdrücklich eine legale Versorgung der Konsumenten zulässt. Internationale Abkommen müssen eine Entkriminalisierung von Drogenkonsumenten und die Bereitstellung legaler Bezugsmöglichkeiten erlauben. Die Piratenpartei fordert zum Schutz und zur Aufklärung der Verbraucher eine europäische „Stiftung Warentest“.



### Landwirtschaft und Fischerei:

Es sollen keine öffentlichen Gelder mehr in Form von Agrarsubventionen ohne Gegenleistung in den Bereichen Klima, Umwelt, Natur sowie Tier- und Artenschutz vergeben werden. Die Landwirtschaft soll langfristig die natürlichen Ressourcen schonen. Eine Kombination von Saatgut mit Pflanzenschutzmitteln und deren Schutz durch Patente lehnt die Piratenpartei ab.



### Energiepolitik:

Die Piratenpartei steht für Schonung von Ressourcen, Nachhaltigkeit, Förderung erneuerbarer Energien, Dezentralisierung, Verbrauchernutzen, Versorgungssicherheit und Wettbewerbsfähigkeit. Für einen funktionierenden Markt für Endverbraucher ist eine transparente Preisgestaltung und Offenlegung des

Energiequellenmixes Voraussetzung. Jegliche Subventionen und Beihilfen für die Förderung fossiler und atomarer Energien sollen abgeschafft werden.

Die EU soll bis zum Jahr 2030 mindestens 40 % des Treibhausgasausstoßes im Vergleich zum Jahr 1990 reduzieren.

Sämtliche Formen von Fracking bei der Erforschung, Aufsuchung und Gewinnung fossiler Energieträger sollen sofort ausnahmslos EU-weit verboten werden.



## Verkehr und Infrastruktur:

Die Piratenpartei setzt sich für eine bessere Anbindung der Verkehrssysteme, die Vereinheitlichung technischer Standards sowie den Abbau von Reisebeschränkungen ein. Als Leitkonzept für Mobilität dient der grenzüberschreitende, öffentliche Personenverkehr (ÖPV) vor dem motorisierten Individualverkehr (MIV).

Eine europaweit gültige Mobilitäts-Flat nach Vorbild des Semestertickets für jeden Schüler, Studierenden und Auszubildenden wird den individuellen Interessen und Wünschen nach Austausch und Kommunikation gerecht. Das Modell soll schrittweise

um weitere Nutzergruppen und Altersklassen erweitert werden.

Eine schnelle und einfache Fortbewegung innerhalb der Städte erhöht sofort ihre Lebensqualität. Die Städte der EU sollen zur Erreichung dieser Ziele eine Prüfung ihrer Mobilitätskonzepte durchführen und Modellprojekte zur Innovationsförderung entwickeln. Die besten Projekte erhalten unter Berücksichtigung einer fairen Verteilung nach Mitgliedsländern und verschiedener Stadtgrößen Finanzmittel der EU. Die Abläufe bei der Buchung und Durchführung von Freizeit- und Geschäftsreisen sollen einfach sein.

Die europäische Verkehrspolitik soll transparent sein und fairen Wettbewerb gewährleisten. Das europäische Transportwesen soll modernisiert werden. Das 4. europäische Eisenbahnpaket soll gesichert werden. Es wird eine europäische Konvention gegen Bahnlärm befürwortet. Die Verkehrsinfrastruktur soll europaweit erhalten und ausgebaut werden.



## TTIP:

Die Piratenpartei fordert die Anwendung ihres Programms auf das »transatlantische Freihandels- und Investitionsabkommen« (TTIP).

## Internationales Handeln:

Die Piratenpartei fordert für die Aushandlung von Handelsabkommen durch die EU die Einhaltung von Rahmenbedingungen, die mit den Prinzipien und Überzeugungen der Partei übereinstimmen. Es sollen folgende Bedingungen erfüllt werden: Privatisierungen nur nach Einholung eines Referendums, keine Absenkung von Schutzstandards, Einhaltung sozialer und ökologischer Mindeststandards, Gewährung besonders günstiger Bedingungen für strukturell und wirtschaftlich schwache Handelspartner, ausländische Investitionen demokratiekonform und rechtsstaatlich schützen, kein Verbot der Regulierung von Finanzmärkten.

Langfristig wird ein Exportverbot von militärischen Rüstungsgütern in Länder außerhalb der EU angestrebt.

Die Piratenpartei fordert Transparenz bei europäischen Entscheidungen auch im Bereich der Außen- und Verteidigungspolitik.

## Gemeinsames Wahlprogramm der europäischen Piratenparteien für die Europawahl 2014:

Das gemeinsame Wahlprogramm der europäischen Piratenparteien ist sinngemäß in dem Wahlprogramm, das auf dem Bundesparteitag 14.1 in Bochum beschlossen wurde, enthalten.



QR-Code zum vollständigen Wahlprogramm:  
<http://pir.at/europrogramm>

# Ist KOMMUNALPOLITIK ein Piratenthema?

geschrieben von Nicole Britz

Viele kennen die Piratenpartei als eine Partei, die sich unter anderem für Transparenz, gegen Überwachung und für den Schutz der Bürgerrechte einsetzt. Aber sind das auch Themen für die Kommunalpolitik?

Überwachung beispielsweise fängt quasi vor der eigenen Haustür an. Denken wir nur an die große Anzahl an Überwachungskameras, die nicht nur tatsächliche oder angebliche Gefahrenbereiche überwachen, sondern auch uns, wenn wir durch eine Fußgängerzone gehen. Zählen wir doch mal bei einem Stadtbummel die Kameras. Laut Süddeutscher Zeitung gab es im August 2013 in München 2828 öffentliche Kameras, hinzu kommen die privaten Überwachungsgeräte. Über die Aufstellung zumindest der nicht-privaten Kameras entscheidet die Gemeinde, auch als Dienstherr über die lokale Polizei.

Die Gemeinde entscheidet auch über den Zustand und die Ausstattung von Schulen, Sporthallen und Schwimmbädern und über die Vergabe von Großaufträgen einschließlich der Kriterien für diese Vergabe. Hier setzt die Forderung der Piratenpartei nach mehr Transparenz und Nachvollziehbarkeit der Entscheidungswege und -gründe an.

Die Gemeinden entscheiden auch über den Umgang mit Obdachlosen oder die Möglichkeiten, die Geringverdiener haben, an Bildung und Kultur teilzunehmen. Sie nehmen Einfluß auf die Angebote des öffentlichen Personennahverkehrs. Und die Gemeinden legen fest, welchen Umgang sie mit den Immobilien pflegen, die Ihnen gehören. Die Städte und Gemeinden müssen mit ihren Immobilien im Interesse der Bürgerinnen und Bürger wirtschaften und preiswerten Wohnraum fördern und erhalten. Es darf nicht sein, dass - wie etwa in München - städtische Immobilien zu Höchstpreisen an Investoren verkauft werden, statt den sozialen Wohnungsbau zu fördern. Gerade in den bayrischen Großstädten wird Wohnraum, den Normalverdienende sich leisten können, zur Mangelware. Bewohner, die seit Jahrzehnten in ihrem Viertel leben und den Charakter der Quartiere prägen, werden durch explodierende Mieten und Luxussanierungen vertrieben. Es liegt in der Verantwortung der Städte und Gemeinden, hier

für soziale Gerechtigkeit zu sorgen.

Wo wir schon beim Bauen sind: Ein wichtiges Anliegen der Piraten ist auch die Transparenz bei der Vergabe von öffentlichen Bauaufträgen, um Geldverschwendung und Korruption zu verhindern und der Vetternwirtschaft Einhalt zu gebieten. Doch auch bei den Entscheidungen, ob und wie kommunale große Bauvorhaben umgesetzt werden, sollen die Bürgerinnen und Bürger frühzeitig informiert werden und mitreden können.

Wir sind der Ansicht, dass die Stadt den Menschen gehören muß, die in ihr leben und deswegen müssen die Menschen auch Anteil haben an den Entscheidungen, die ihr tägliches Leben betreffen.

Es ist auch für das Wesen von Städten und Gemeinden wichtig, welche Rolle Kultur dort spielt und dass nicht immer vorzugsweise die Hochkultur gefördert wird. Alternative kulturelle Projekte müssen ebenfalls einen Stellenwert in der Kulturförderung haben.

Die Piratenpartei setzte sich bereits 2012 für bayernweite Streaming\* von Gemeinde- und Stadtratssitzungen ein. Zum Teil mit Erfolg. Viele Städte und Gemeinden wehren sich aber nach wie vor gegen diese Form der Transparenz. Wir Piraten sind der Meinung, dass gerade die Sitzungen kommunaler Parlamente für die Bürgerinnen und Bürger von großer Bedeutung sind, weil die dort getroffenen Entscheidungen viel näher am täglichen Leben der Menschen sind. Nichts ist wichtiger, als dass diejenigen, für die Politik gemacht wird, wissen, wie Entscheidungen zustande kommen. Jede Wählerin und jeder Wähler hat das Recht, zu erfahren, wie die einzelnen Abgeordneten abgestimmt haben. Nur so können wir kritisch hinterfragen und unsere Meinung bilden. (\* Videoübertragung ins Internet)

Öffentliche Stadtrats- und Ausschusssitzungen müssen deshalb im Internet zur Verfügung gestellt werden - als



# Kommunal Piraten

Live-Übertragung und auch als Aufzeichnung. So ist gewährleistet, dass jede Bürgerin und jeder Bürger barrierefrei die Möglichkeit hat, die Sitzungen mitzuverfolgen und den aktuellen Diskussionsstand zu den behandelten Themen zu bekommen.

Die Piraten nutzen erfolgreich ein Onlinewerkzeug namens OpenAntrag, das Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit eröffnet, ihre Anträge direkt ihren Vertretern in den Parlamenten vorzulegen. Die Bürger haben die Möglichkeit, den Abgeordneten einen Antrag zukommen zu lassen, ihn mit ihnen zusammen zu bearbeiten und dann einreichen zu lassen.

Die Piraten stehen für Transparenz, soziale Gerechtigkeit nachvollziehbare Entscheidungswege in der Politik und wirkliche Bürgerbeteiligung.

Derzeit sitzen bereits 250 Piraten in Stadt- und Gemeinderäten in ganz Deutschland und gestalten Politik im Sinne der Bürger mit.

# NSA vs Google, Yahoo, Journalisten und Ströbele

geschrieben von Guido Herzog

Mit Unmut und Zorn hat der Chef der NSA, Keith Alexander, am Mittwoch in einer Kongressbefragung zu den Vorwürfen, die NSA habe Millionen Europäer ausspioniert, reagiert. Es handle sich nur um einen Austausch zwischen den Geheimdiensten. Die Person, die so etwas behauptet habe ein Diagramm gesehen und nicht verstanden, was darauf abgebildet war. Er sehe seine Aufgabe darin, mehr Soldaten, Piloten, Marine-Infanteristen lebend nach Hause zu holen, was weder dem FBI noch der CIA vor 9/11 gelungen wäre. Es sei kein Zufall, dass es seit dem in den USA keinen größeren Terroranschlag mehr gegeben habe.

James Clapper, Direktor der CIA, wand unterstützend ein: „Wir glauben, wir haben uns immer im Rahmen der Gesetze bewegt. ...Was wir nicht tun, ist, Amerikaner zu überwachen oder unschuldigen Menschen in irgendeinem Land hinterher zu spionieren.“ Es sei zudem schon seit langer Zeit Brauch, dass man ausländische Staats- und Regierungschefs abhöre. Die anderen spionieren die USA ja auch aus.

Dem gegenüber steht die neueste Entwicklung im Abhörskandal. Die NSA hat nicht nur den Handy- und Internet-Datenverkehr abgehört, es scheint erwiesen zu sein, dass auch die privaten Netze von Google und Yahoo überwacht wurden.

Hier hat die NSA Zugriff auf unendlich viele Daten, da über diese Leitungen der Abgleich der weltweit verteilten Rechenzentren beider Unternehmen stattfindet. Zu den abgeglichenen Daten gehören Mailkonten, in der Cloud gespeicherte Daten sowie Dokumente, die in z.B. GoogleDocs bearbeitet wurden. Hier sind dann trotz der gegensätzlichen Aussagen der Geheimdienstchefs mit 100%-iger Sicherheit auch Amerikaner betroffen.

Auch der Papst ist offensichtlich Opfer der NSA geworden. Selbst vor der Kirche macht der Geheimdienst also nicht halt, was jedoch wohl eher den angeblichen Machenschaften der Vatikanbank geschuldet sein könnte.

Mittlerweile warnt sogar der Verband der deutschen Journalisten vor der Nutzung von Google und Yahoo bei der Recherche zu Artikeln. Journalistische Recherche müsse vertraulich sein, erklärte DJV-Bundesvorsitzender Michael Konken. Wann immer möglich, müssten Journalisten Konsequenzen aus den Berichten ziehen. „Es gibt durchaus andere Suchmaschinen und Anbieter von E-Mail-Diensten, die nach bisherigem Kenntnisstand als sicher gelten.“ Genannt wurden leider keine.

Er warnte zudem vor den Folgen der Enthüllungen. „Die Auswirkungen auf Journalisten sind schon schlimm, weil sich unter den Kollegen natürlich ein höheres Maß an Verunsicherung breitgemacht hat“, sagte der DJV-Sprecher. „Viel schlimmer sind aber die Auswirkung auf Informanten, also auf anonyme Quellen, die dringend darauf angewiesen sind, dass ihre Anonymität gewahrt bleibt.“ Es gebe bereits erste Hinweise, dass Informanten zurückhaltender geworden seien.

Man hört aber auch andere Stimmen. Altkanzler Helmut Schmidt rät zu mehr Gelassenheit in dieser Affäre. Früher seien bei Telefonaten unter Regierungschefs manchmal erst die „Mithörer“ begrüßt worden und dann der Gesprächspartner.

Sicherlich ruft diese Aussage bei dem einen oder anderen ein Grinsen hervor, es ist aber leider nicht komisch, wenn von Spionageaktionen nicht nur Regierungen, wo es üblich war zu spionieren, sondern auch der einfache Bürger betroffen ist. Die gewonnenen Daten ermöglichen es, ein sehr präzises Profil jedes Überwachten zu erstellen. Diese Profile könnten auch für wirtschaftliche Interessen genutzt werden, was bei Firmendaten schon vorgekommen sein soll.

In der Affäre ist viel Bewegung. Grünen-Politiker Ströbele hat sich mit Edward Snowden getroffen und einen Brief von ihm entgegen genommen, in dem Snowden seine Hilfe bei der Aufklärung des Skandals anbietet. Hier der Brief in der deutschen Übersetzung:

## An die Zuständigen

Ich wurde gebeten, Ihnen bezüglich Ihrer Untersuchung zur Massenüberwachung zu schreiben.

Ich heiße Edward Joseph Snowden und war früher vertraglich beziehungsweise über eine Direktanstellung als technischer Experte bei der National Security Agency (NSA), der Central Intelligence Agency (CIA) und der Defense Intelligence Agency (DIA) der Vereinigten Staaten beschäftigt.

Im Zuge meiner Beschäftigung in diesen Einrichtungen wurde ich Zeuge systematischer Gesetzesverstöße meiner Regierung, die mich aus moralischer Pflicht zum Handeln veranlassten. Als Ergebnis der Veröffentlichung dieser Bedenken sah ich mich einer schwerwiegenden und anhaltenden Hetze ausgesetzt, die mich zwang, meine Familie und meine Heimat zu verlassen. Ich lebe derzeit im Exil und genieße befristetes Asyl, das mir die Russische Föderation gemäß internationalem Recht gewährt.

Ich bin ermutigt von der Resonanz auf mein politisches Handeln, sowohl in den USA als auch anderswo. Bürger auf der ganzen Welt und auch hohe Amtsträger - einschließlich der Vereinigten Staaten - haben die Enthüllungen zu einem System der allumfassenden Überwachung, das niemandem Rechenschaft schuldig ist, als einen Dienst an der Öffentlichkeit beurteilt. Diese Spionage-Enthüllungen zogen viele Vorschläge zu neuen Gesetzen und Richtlinien nach sich, die auf den vormals verdeckten Missbrauch des öffentlichen Vertrauens abzielten. Der Nutzen für die Gesellschaft aus diesen gewonnenen Erkenntnissen wird zunehmend klarer; gleichzeitig wurden die in Kauf genommenen Risiken sichtlich vermindert.

Obwohl das Ergebnis meiner Bemühungen nachweislich positiv war, behandelt meine Regierung Dissens nach wie vor als Treuebruch und strebt danach, politische Meinungsäußerung zu kriminalisieren und unter Anklage (zu) stellen. Dennoch: Die Wahrheit auszusprechen ist kein Verbrechen. Ich bin zuversichtlich, dass die Regierung der Vereinigten Staaten mit Unterstützung der internationalen Gemeinschaft diese abträgliche Haltung ablegen wird. Ich hoffe, dass ich, wenn die Schwierigkeiten dieser humanitären Lage beigelegt sind, in der Lage sein werde, mich an der verantwortungsvollen Aufklärung der Sachverhalte bezüglich der in den Medien getätigten Aussagen, insbesondere im Hinblick auf Wahrheit und Authentizität der Berichte, angemessen und gesetzesgemäß zu beteiligen.

Ich freue mich auf ein Gespräch mit Ihnen in Ihrem Land, sobald die Situation geklärt ist und danke Ihnen für ihre Bemühungen, das internationale Recht zu wahren, das uns alle beschützt.

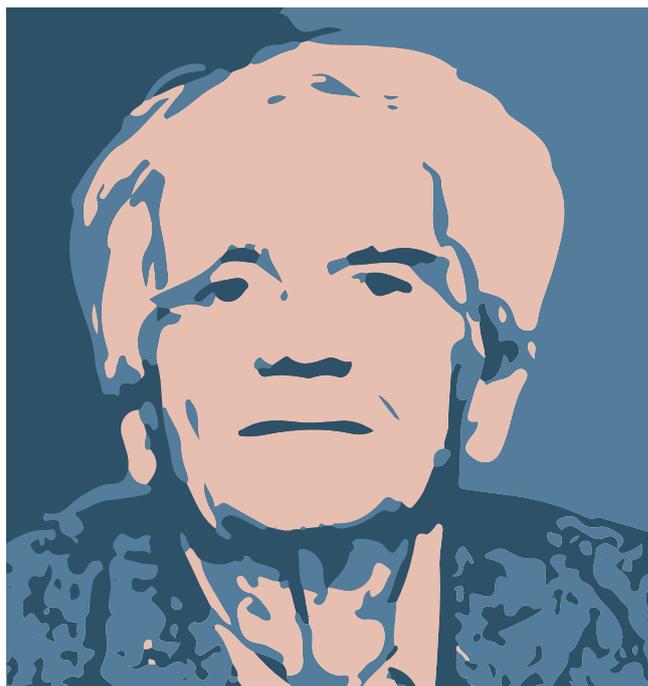
Mit besten Grüßen

gez. Edward Snowden bezeugt durch Hans-Christian Ströbele



Mit diesem Kontakt hat sich Ströbele auf dünnes Eis gewagt. Er dürfte jetzt eines der Top-Ziele der Geheimdienste geworden sein. Auch ist jetzt wieder die Debatte im Gange, Edward Snowden Asyl in Deutschland zu gewähren, was ja schon einmal abgelehnt wurde.

In den nächsten Tagen wird sich hier noch einiges ergeben, wir bleiben dran...



# NIEDER mit der 3% Hürde!

Ein Gastartikel von Gilles Bordelais

## Trockener Textstrich voraus.

„Der Bundesvorstand der Piratenpartei Deutschlands hat am 8. Oktober 2013 im Namen der Partei vor dem Verfassungsgericht Organklage gegen den Bundestag eingereicht, um gerichtlich feststellen zu lassen, dass die 3%-Sperrklausel bei der Wahl zum Europäischen Parlament, auch 3%-Hürde genannt, verfassungswidrig ist.“

## Geht das auch in weniger trocken?

Ja, es geht.

## Was ist passiert?

Am 8. Oktober hat der Bundespräsident Joachim Gauck das Gesetz zur Einführung einer 3%-Hürde unterschrieben. Die Piratenpartei hat am selben Tag Klage beim Verfassungsgericht eingereicht. Eine „Organklage“ ist dafür da, feststellen zu lassen, dass ein Teil des Staates („Organ“, wie beim Körper) aus der Sicht eines anderen Organs, und dazu gehören freudlicherweise in diesem Fall auch Parteien, Mist baut. So weit, so klar. Aber: Hatten wir das nicht schon mal? Doch, hatten wir. Lasst uns mal die Uhr zurückdrehen.

## Was ist vorher passiert?

Im November 2011 hatte das Verfassungsgericht die bis dahin geltende Hürde für die Europawahl in Höhe von 5% abgeschafft. Begründung:

*Der mit der Fünf-Prozent-Sperrklausel in § 2 Abs. 7 EuWG verbundene schwerwiegende Eingriff in die Grundsätze der Wahlrechtsgleichheit und Chancengleichheit der politischen Parteien ist unter den gegebenen rechtlichen und tatsächlichen Verhältnissen nicht zu rechtfertigen.*

Übersetzt: **Die Hürde benachteiligt ungerechtfertigterweise kleine Parteien.** Weg damit.

Damit wollte sich die Mehrheit der etablierten Parteien aber nicht zufrieden geben. Da das Verfassungsgericht aber klar gemacht hatte, dass ohne Änderung der Verhältnisse im Europäischen Parlament am Urteil nicht zu rütteln sei, haben deutsche Konservative und Sozialdemokraten zuerst einen Beschluss („Entschließung“) des Europäischen Parlaments für ihre Zwecke verändern lassen. In der am 9. November 2012 abgestimmten Fassung fordert das Parlament die Mitgliedsstaaten dazu auf, „geeignete und angemessene Mindestschwelle [...] festzulegen“. Und dann hat sich der Bundestag auf diesen Beschluss berufen und am 13. Juni 2013, nebenbei gemerkt in der letzten Sitzung vor der Pause, mit den Stimmen von Union, SPD, Grünen und FDP die neue Hürde in Höhe von 3% zum Gesetz gemacht.

**Aber für die Bundestagswahl haben wir doch eine 5%-Hürde!**

Stimmt, aber da wird argumentiert, dass die Hürde wichtig für die Stabilität der Republik sei. Wenn lauter kleine Parteien im Bundestag säßen, so die Argumentation, sei kein stabiles Regieren möglich. Da im Europäischen Parlament so oder so Dutzende von national gewählten Parteien zusammentreffen, verpufft dieses Argument. Ob Deutschland ins Parlament vier oder sechs Parteien entsendet, wovon manche nur zwei Abgeordnete stellen, ist irrelevant. Wichtig sind die Fraktionen, in denen diese sich zusammenfinden. Sie heißen im Europäischen Parlament gerne einfach „Gruppen“, da dieses Wort im Englischen und Französischen verwendet wird.



### Das Verfassungsgericht hat entschieden

Ende Februar hat das Verfassungsgericht die Gültigkeit der 3%-Hürde für die Europawahl aufgehoben, rechtzeitig vor der Wahl am 25. Mai. Eine andere Entscheidung hätte viele sehr verwundert. Wenn das Bundesverfassungsgericht erst nach der Wahl zu einem Urteil gekommen wäre, wäre es gut möglich gewesen, dass es das Wahlrecht zwar für verfassungswidrig erklärt, dies aber nicht rückwirkend für die Europawahl 2014 geltend gemacht hätte, da das gewählte Parlament dann „Bestandsschutz“ gehabt hätte.

### Geistiger Amoklauf

Die CDU will auf keinen Fall auf eine Sperrklausel verzichten. Einzelne CDU-Politiker denken laut darüber nach, eine 5%-Hürde für alle Wahlen im Grundgesetz zu verankern. Die Hoffnung dahinter: Ein „Grundrecht auf die 5%-Hürde“ könnte vom Bundesverfassungsgericht nicht für verfassungswidrig erklärt werden. Insgesamt bleibt abzuwarten, wie es mit den Hürden für die Europawahlen weitergeht.

### Kasperletheater

VerfG.2011 so: „Hürde ist blöd. Weg damit. Und solange sich bei der EU nichts tut, lasst ihr uns in Ruhe damit, ja?“

Union & SPD 2012 so: „Komm, wir lassen uns so'n Wisch vom EP schreiben, da hätte sich was geändert. Wär doch gelacht, wenn das nicht ginge. Zusammen haben wir da mit unseren beiden Fraktionen die absolute Mehrheit.“

Union, SPD, Grüne und FDP 2013: „Das EP hat letztes Jahr gesagt, es hätt' sich was geändert! Wir brauchen auf den letzten Drücker noch schnell ‚ne 3%-Hürde!“

Merkt Ihr selbst, ne?



# RECHTSANWÄLTE GEGEN Totalüberwachung!

geschrieben von Guido Herzog

## Die Hamburger Erklärung

Totale Überwachung, (Wirtschafts-) Spionage, Einreiseverbote gegen lästige Reporter. Diese Vorkommnisse im Verlaufe der Enthüllungen von Edward Snowden haben einige Anwälte zum Anlass genommen, die sogenannte Hamburger Erklärung zu verfassen.

## Worum geht es in dieser Erklärung?

Die Anwälte führen die folgenden Fakten auf:

1. Die digitale Totalüberwachung ist ein historisch beispielloser Angriff auf das verfassungsmäßige Grundrecht auf Privatsphäre
2. Digitale Totalüberwachung gefährdet die zentralen Funktionsbedingungen unserer freiheitlich-demokratischen Gesellschaftsordnung
3. Digitale Totalüberwachung ermöglicht Wirtschaftsspionage in großem Stil.
4. Digitale Totalüberwachung ermöglicht die Erpressung von Politikern, Managern und sonstigen Zielpersonen
5. Digitale Totalüberwachung zerstört das Vertrauen der Bürger in Berufsgeheimnisträger

und stellen die folgenden Forderungen an die Bundesregierung auf:

- Erklären Sie, dass die anlass- und verdachtsunabhängige Totalüberwachung der deutschen Bevölkerung eine krasse Verletzung von Grundrechten sowie des deutschen (Straf-) Rechts darstellt, ganz gleich, wo sie stattfindet. Sie ist mit jeder freiheitlich-demokratischen Ordnung unvereinbar und daher sofort einzustellen.
- Bestellen Sie die Botschafter der USA und Großbritanniens förmlich ein, verdeutlichen sie diesen diese Haltung und fordern sie die sofortige Einstellung der Totalüberwachung.
- Prüfen Sie alle erdenklichen Maßnahmen auf EU-Ebene gegen Großbritannien als EU-Mitglied.
- Setzen Sie die Verhandlungen mit den USA über ein Freihandelsabkommen aus und kündigen Sie die »Safe-Harbour-Abkommen« sowie die Verträge zum Austausch von Fluggastdaten, bis die Totalüberwachung seitens der USA eingestellt wird
- Schließen Sie sämtliche Standorte der NSA in Deutschland, damit die BRD ihre volle Souveränität erhält.
- Überprüfen Sie die Netze und Netzwerkeinrichtungen in Deutschland auf ihre Integrität hin, um ein »Abzapfen« von Daten auszuschließen.
- Veranlassen Sie strengere Kontrollen der deutschen Nachrichtendienste sowie des Bundesamts für Verfassungsschutz.
- Sorgen Sie dafür, dass Berichte vor Kontrollgremien künftig mit Vollständigkeitserklärungen unter Eid erstattet werden müssen
- Stoppen Sie die Verwendung von Programmen wie XKeyscore oder stellen Sie diese zumindest unter eine strenge Prüfung der verdachtsbezogenen Verwendung.
- Die Gründer der Initiative, die Anwälte Dr. Sascha Böttner, Dr. Manuel Cadmus, Martin Gottschewsky, Jari Hansen, Dr. Christian Hilmes, RA Dr. Malte Passarge, RA Dr. Oliver Pragal, RA Wolfgang Prinzenberg, RA Dr. Oliver Sahan, RA Sabine U. Marx, RA Burckhardt Müller-Sönksen (MdB) und





Alles zur Hamburger Erklärung  
finden Interessierte unter:  
[https://rechtsanwaelte-gegen-  
totalueberwachung.de/](https://rechtsanwaelte-gegen-totalueberwachung.de/)

RA Dr. Konstantin von Notz (MdB) wollen erreichen, dass möglichst viele Bürgerinnen und Bürger für dieses Thema sensibilisiert werden und sich wehren, unter anderem durch unterzeichnen der Erklärung.

In einem offenen Brief wenden sie sich zudem an den amerikanischen Botschafter, um ihrer Sorge um die freiheitlichen Grundrechte auf Meinungs- und Pressefreiheit Ausdruck zu geben. Anlässe für den Brief waren die Ereignisse um den deutschen Journalisten Ilija Trojanow, dem beim Einchecken in Brasilien auf Geheiß von US-Behörden die Einreise in die USA verweigert wurde, sowie die Festnahme von David Miranda in London-Heathrow in Abstimmung mit den US-Behörden.

Die USA scheinen in diesen Fällen kritische Stimmen mundtot machen zu wollen und durch die willkürliche Ablehnung der Einreise Kritiker bestrafen zu wollen, was nach neuen Gerüchten auch den Unterzeichnern der Erklärung drohen soll. Dem Autor des Artikels ist das egal, er hat unterzeichnet und wird auch weiterhin durchaus kritische Berichte zu diesem Thema schreiben und Initiativen wie die Hamburger Erklärung unterstützen.



# sobooks.de – Die NÄCHSTE GENERATION des Buches

geschrieben von Dr. Olaf Konstantin Krueger

Sobooks verknüpft den Zweck des Buches – Unterhaltung und Wissensvermittlung – mit dem Zweck der Sozialen Medien – Vernetzung und Austausch. „Social Books“ geht damit weit über die eingeschränkten Möglichkeiten hinaus, die ein E-Book als elektronisches Pendant zum gedruckten Buch bietet. Stöbern, kaufen, lesen, liken, teilen, verlinken, zitieren, kommentieren, diskutieren – mit anderen Nutzern oder den Autoren selbst: Alles findet bei sobooks vernetzt und plattformunabhängig statt, via Browser auf beliebigen internetfähigen Geräten.

Bei sobooks soll sich das Buch als verkaufbares Kulturprodukt mit Internet und Sozialen Medien vereinigen, soll sich dem breiten Diskurs öffnen, soll der Buchmarkt mit dem Netz verschmelzen. Hinter der Idee, das Buch stringent netzorientiert weiterzuentwickeln, stehen die sobooks-Gründer Christoph Kappes, Oliver Köster, Sascha Lobo und Oliver Wagner. Jedes auf ihrer HTML5-Plattform erworbene digitale Buch soll nicht nur auf vielfältige Weise online genutzt, sondern auf Wunsch auch offline gelesen werden können. Apps für iOS- und Android-Geräte ermöglichen den Download in den Formaten EPUB und PDF inklusive Wasserzeichen. Allerdings ist manche Funktion vertragsbedingt nicht von Anfang an verfügbar. Das betrifft die „Buchleihe“ an bis zu drei Personen und den Download ohne den Kopierschutz DRM.

Noch ist das Angebot an E-Books überschaubar, doch das Ziel ist ein Vollkatalog mit allen Neuerscheinungen und Werken, über die diskutiert wird. Aufgenommen werden Bücher und textlastige Magazine in den Kategorien Fantasy, Krimi, Roman, Diskurs, Sachbuch, Magazin, Essay, Humor und Ratgeber. Unterstützt wird sobooks bereits von renommierten Verlagen. Dazu gehören Blessing, Bookwire, Edition Nautilus, Goldmann, Heyne, Hoffmann und Campe, iRIGHTS media, Random House, Pantheon, Rowohlt, Schöfling & Co., DER SPIEGEL, SuKuLTur, die Ullstein Buchverlage, brandeins und MERKUR. Rechtfreie und kostenlose Werke bietet sobooks ebenfalls an. Self-Publisher werden schrittweise hinzukommen.

sobooks unterstreicht die Datensouveränität der Nutzer, strebt danach, dass jeder detailliert selbst festlegt, was mit seinen Daten geschieht und welche seiner Aktivitäten offengelegt werden. So entscheidet der Nutzer auch per Klick, ob er ein Buch für sich alleine liest oder im Austausch mit anderen kommentiert, teilt, diskutiert. Dabei sorgt, wie in Foren üblich, eine Meldefunktion für unerwünschte Kommentare oder eine Moderation bei einzelnen Büchern für eine konstruktive Stimmung im Buch.

## Closed Beta

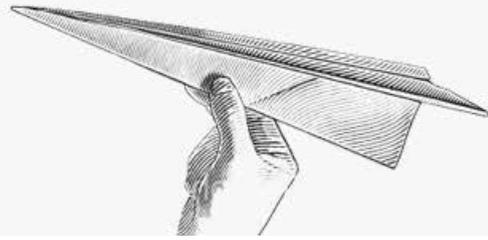
Da das Konzept in großen Teilen neu ist, wird sobooks derzeit nur im Nichtschwimmerbecken erprobt. Die „Closed Beta-Phase“, gestartet auf der Frankfurter Buchmesse im Oktober 2013, wird aber mit der Leipziger Buchmesse im März beendet. Dann wird eine begrenzte Zahl an Nutzern, vornehmlich Fachpublikum aus der Buchbranche, die Plattform unter Live-Bedingungen getestet haben. Bis dahin erfolgt die Anmeldung noch per Zugangscode und E-Mail.

Bugs und Sicherheitslücken sollten bis März beseitigt, neue Funktionen implementiert und das Leseerlebnis verbessert sein. Bislang ist das System beispielsweise noch mit der Darstellung von nutzergenerierten Inhalten überfordert, sobald Buchseiten mehr als einhundert Kommentare fassen sollen. Ein Merkmal von sobooks ist nämlich, dass die Seitenstruktur erhalten bleibt, also in jeder Variante der Inhalt immer auf der selben Seite zu finden ist. An der Behebung dieses und anderer Bugs sowie der Feinjustage wird derzeit gearbeitet.

## Navigation

Registrierte Nutzer finden auf der Startseite die ersten Bücher präsentiert und jeweils passend für Kurznachrichten mit einer Zusammenfassung in 120 Zeichen versehen. Das System arbeitet Tag-basiert, sodass das Angebot genau gefiltert und das passende Buch schnell aufgefunden wird. Unter jedem Buch zeigt ein roter Aktivitäts-Balken die aktuelle Relevanz

**sobooks**  
Aus Liebe zum Lesen



des Werkes an und dient damit als neues Kaufkriterium. Die Einzelaktivitäten werden gerankt und zeigen, worüber die eigenen „Freunde“ gegenwärtig diskutieren.

Im Reader kann per Klick auf die linke oder rechte Buchseite zurück- oder vorgeblättert werden. Auf Tablets funktioniert das mit Wischen. Ein Klick oder Touch ins Buch blendet die Buchnavigation ein oder aus. Bis zu acht Seiten eines Buches können angesehen werden, bevor sich eine Kaufaufforderung über den Text legt. Diese Funktion ermöglicht auch, bei Querverlinkung von Textstellen über Soziale Medien den Kontext des Zitats zu erfassen, ohne das Werk gekauft zu haben.

Auf sobooks.de soll explizit sozial interagiert werden. Lobo sieht darin sowohl einen Ansatz für Social Reading als auch für das Ausschöpfen eines kommerziellen Potenzials. So zeigt ein orangefarbenes Quadrat mit Zahl in der oberen rechten Seitenecke die Anzahl der sozialen Interaktionen auf dieser Seite an. Ein Klick darauf öffnet die „soziale“ Seitenleiste. Sie zeigt neben der Anzahl der Erwähnungen auf Twitter, Facebook und Google+ auch einen Button, über den via Dialogfenster eigene Empfehlungen im jeweiligen Netzwerk gegeben werden können. Der Button „Andere zur Diskussion einladen“ öffnet ein Fenster, über das mittels Link und Kurzstatement eine Diskussion angeschoben werden kann. Des Weiteren befinden sich in dieser Seitenleiste Funktionen zum Verfassen, Veröffentlichen und Löschen eigener Kommentare sowie zum Kommentieren und Melden von Kommentaren anderer Nutzer.

Interaktionen funktionieren dabei satzweise. Zitate können samt eigenem Kommentar plus Link ins Buch auf Twitter und Facebook gepostet oder im Buch veröffentlicht werden. Die Textstelle kann farblich hervorgehoben und die eigene Meinung in die Kommentarspalte eingefügt werden. Über eine heat map der sozialen Interaktionen kann direkt zur Stelle mit den meisten Kommentaren gesprungen werden. Dieses Instrument ist entsprechend sowohl für Nutzer als auch für Autoren und Verlage interessant. Darüber hinaus ermöglichen snippets die Verlinkung von längeren Textstellen als Zitate auf anderen Plattformen: Mit Klick darauf erfolgt der Sprung ins Buch bei sobooks.

## Erweiterungen

Sobooks ist ein vielversprechender Ansatz, um herauszufinden, wie in einem Buch interagiert werden kann. Sofern Nutzer die Datenerhebung gestatten, eröffnen die Verlinkungen ins Buch und aus dem Buch heraus sowie die Interaktionen eine intensivere Auseinandersetzung mit dem Inhalt. Nehmen die Autoren auch noch selbst an den Diskussionen teil, haben die Nutzer einen besonderen Mehrwert. Die Autoren wiederum werden durch Autorenabonnements an sobooks gebunden: Über die Möglichkeit, ein im Entstehen befindliches und im Vergleich zum Endpreis günstigeres Werk vorzubestellen, wird berechenbar, wie hoch der Absatz des Buches nach seiner Fertigstellung sein dürfte. Außerdem bietet sobooks wie im analogen Bereich einen simplen Mechanismus, gekaufte E-Books zu verschenken.

Mit diesen Funktionen erzielen die E-Books bei sobooks schon einen entscheidenden Wettbewerbsvorteil gegenüber anderen Plattformen. Die eigentliche Weiterentwicklung des Werkes erfolgt jedoch im „cobooks“ genannten Segment mittels Kommentieren im Fließtext: Co-Autoren setzen sich im Buch mit dem Buch auseinander, rezensieren es und erweitern auf diese Weise das Werk. Damit wird eine neue Zielgruppe erschlossen, denn je nachdem, wer ein Buch kommentiert, erreicht das Werk weitere Leser. Der Co-Autor beziehungsweise Rezensent erhält im Gegenzug eine Provision, wodurch solche Rezensionen für Personen mit großer Reichweite interessant werden. In einer erweiterten Variante wird cobooks mehrere Personen das selbe Werk rezensieren lassen, wobei die verschiedenen Rezensionen dann einzeln zum Buch hinzugekauft werden können.

In der Konsequenz werden auch rechtfreie Werke via Rezensionen wieder zum verkaufbaren Produkt werden. Letztlich sollen auch Instanzen in Form von „digitalen Lesezirkeln“ angeboten werden. In diesen nicht öffentlichen Instanzen schreiben dann die Personen, die sie führen, ihre Bücher und laden eigene Kontakte ein, sie dort zu kaufen und gemeinsam zu kommentieren. Durch bessere Kenntnis der eigenen Community dürften Autoren folglich bei sobooks mehr Bücher verkaufen als anderswo.

# QUO VADIS PIRATEN – Auf den Inhalt kommt es an

geschrieben von Fabio Reinhardt

Zu behaupten, dass es im Gebälk der Piratenpartei knirscht wäre eine Untertreibung dessen, was gerade vor sich geht. Zwei Seiten, oder sagen wir ruhig "Flügel", haben ganz unterschiedliche Vorstellungen, wo die Piratenpartei zukünftig ihren Platz im politischen Spektrum einnehmen soll. Die einen leiten ihre Positionen aus dem Menschenbild ab, die anderen hinterfragen die bestehenden Machtverhältnisse.

Da gibt es zum einen den sozialliberalen Flügel. Themen wie "Bürgerrechte in der digitalen Welt" und die Ideale der französischen Revolution "Liberté, Egalité, Fraternité" haben hier einen hohen Stellenwert. Für die Anhänger dieses Flügels ist die Piratenpartei eine freiheitliche Partei, gleichwohl mit einer wichtigen sozialen Komponente, die für eine verantwortungsvolle Politik unerlässlich ist. Das Handeln ihrer Verfechter orientiert sich an den Idealen der Freiheit, der Chancengleichheit, der Solidarität und dem Menschen als Maß aller Dinge.

Sie wollen Reformen durchführen, um die Politik an die Gesellschaft des 21. Jahrhunderts anzupassen.

Die andere Seite stellt die Frage "wer hat eigentlich die Macht" und wendet die Fragestellung auf piratige Positionen an. Bei Datenschutz bedeutet das beispielsweise: Wer kontrolliert welche Information? Bei Immaterialgütern sehen sie ein Informations- und Machtungleichgewicht. Die Anhänger dieses Flügels hinterfragt die Macht über den Zugriff auf gesellschaftliche Ressourcen und fordert einen gerechten Zugang zu Wissen, Bildung und ein Mehr an Demokratie. Es geht ihnen nicht nur um gleiche Chancen, sondern um gleiche Möglichkeiten

Für die Flaschenpost stellen Aleks Lessmann und Fabio Reinhardt ihre Schwerpunkte vor und zeigen, auf welchen Gebieten die Piratenpartei in der Zukunft ihren Schwerpunkt legen könnte.

geschrieben von Michael Renner

Bevor ich zu den Piraten kam, war ich vor allen Dingen in der Hochschulpolitik aktiv. 2005 wurden in Niedersachsen die allgemeinen Hochschulgebühren eingeführt. Das politisierte viele an der

Uni. (Kleine Randnotiz: Nach langem Kampf und einem Paradigmenwechsel wurden die Studiengebühren Ende 2013 auch in Niedersachsen als letztem Bundesland wieder abgeschafft.) Der

Widerstand gegen Studiengebühren und anderen Bildungshürden ist für mich ein Kampf für gesellschaftlichen Zugang und Teilhabe.

2007 begann ich dann, mich stärker im Bereich Datenschutz zu engagieren. Das Thema erschien mir wichtig, öffentlich unterrepräsentiert und verständlich genug, um darüber Menschen zu politisieren. Ich gründete mit Jens Schicke und Björn Willenberg einen Datenschutz-Stammtisch in Braunschweig, wurde Piraten-Mitglied und 2008 Datenschutz-Referent an der Uni, organisierte mehrere Demos und eine Veranstaltungsreihe zu Bürgerrechten unter anderem mit Rolf Gössner und Jan Albrecht.

Meine Hauptmotivation beim Datenschutz ist die Frage: Wer kontrolliert welche Information? Einerseits werden von staatlicher Seite und auch von Unternehmen massenhaft Informationen über die Bevölkerung und ihr Verhalten gesammelt. Andererseits werden deren berechnete Informationsansprüche ignoriert oder marginalisiert. Das Informationsfreiheitsgesetz wird nur schleppend angewandt, Bundestagsausschüsse sind nicht-öffentlich, Abgeordnete klagen gegen die Offenlegung ihrer Nebeneinkünfte und große Unternehmen geben nur das nötigste

über sich Preis. So wird Macht verschleiert und auch die Frage, wer eigentlich die Zugänge zu Ressourcen und Informationen im Detail kontrolliert oder auch versperrt. Es existiert ein Informationsungleichgewicht, das es von beiden Seiten aus aufzulösen gilt.

Im Bereich Immaterialgüter ist es ähnlich: Informationen, Kultur- und Allgemeingüter werden der öffentlichen Nutzung entzogen, ihre Anwendung und Nutzung unter Strafe gestellt. Dabei werden in einigen Fällen wirtschaftliche Interessen, in anderen Schutzbedürfnisse vorgeschoben oder gleich legalistisch oder gar nicht argumentiert. De facto herrscht auch hier ein Informations- und damit Machtungleichgewicht, dem man nur teilweise durch den Besitz von ausreichend Geld entkommen kann.

Letztendlich geht es also in beiden Bereichen – Bildung und Informationspolitik – um Macht und den Zugriff auf gesellschaftliche Ressourcen. Wer besitzt sie? Wer darf sie wem verwehren oder zusprechen? Wenn man diese Perspektive einmal gewählt hat, kann man sie benutzen, um weitere Politikfelder zu beschreiben. So wie es durch breitere Bürgerbeteiligung um die Demokratisierung existierender Machtstrukturen geht, geht es auch in der Wirtschafts- und Finanzpolitik um die Frage, wer die Kontrolle über die Produktionsmittel und deren Output hat, wer durch Geldmittel über wie viel Macht verfügt. Auch hier geht es letztlich um die Machtfrage, also die Frage, wer in unserer demokratischen Gesellschaft wie viel Einfluss ausübt.

Bei der Frage nach Beteiligung an politischen Prozessen stellt sich automatisch auch die Frage, wer daran teilnehmen darf. Der Ausschluss von Beteiligung aufgrund des Alters ist

bereits umstritten, aber in Teilen noch nachvollziehbar. Ausschluss aufgrund von Staatsbürgerschaft hingegen lehnen wir klar ab. Das Wahlrecht ist unteilbar und sollte von allen Menschen wahrgenommen werden dürfen, die von politischen Entscheidungen betroffen sind.

Die Piraten haben bisher in allen politischen Feldern, mit denen sie sich befasst haben, die Machtfrage gestellt. Mal bewusster, mal unbewusster. Es ging immer um die Fragestellung – wer darf an gesellschaftlichen Prozessen teilnehmen, sei es im kulturellen Bereich oder in politischen Prozessen. Bei der Machtfrage zur Urheberrechtsreform taten wir uns leichter, weil dort von Anfang an viel Expertise vorhanden war.

Bei der Frage nach der Sozialpolitik musste die Expertise erst aufgebaut werden. Im Laufe dieses Prozesses ging es nicht mehr nur darum, wer teilnehmen darf, sondern verstärkt auch um die Frage, was passieren muss, damit auch alle teilnehmen können. Auch hier war klar, dass wir die gesellschaftlichen Einschränkungen durch soziale und finanzielle Exklusion nicht hinnehmen wollen. Mit den Entwürfen für ein bedingungsloses Grundeinkommen wurde eine Möglichkeit gesehen, sowohl den Teilhabeausschluss durch finanzielle Hürden, als auch die Freiheitseinschränkungen durch soziale Kontrolle und Gängelung zu überwinden. Letztlich also eine inhaltliche Entwicklung, die sich mit „nicht nur Chancen, sondern Möglichkeiten schaffen“ zusammenfassen lässt.

Vor diesem Hintergrund sind auch Migrationsbeschränkungen kritisch zu hinterfragen, da hier letztlich allein aufgrund willkürlicher Kriterien wie Staatsbürgerschaft die Möglichkeiten selbstbestimmter gesellschaftlicher

Teilhabe genommen werden.

## Wie können wir Machtkonzentrationen beschränken, Ressourcen gerecht verteilen und möglichst vielen Menschen die gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen?

Das genau sind die Fragen, die seit dem 19. Jahrhundert klassischerweise von den Linken gestellt wird. Linke Bewegungen haben den besseren gesellschaftlichen Zugang für prekäre Schichten wie Fabrikarbeiter erkämpft und sich für faire Arbeits-, Lebens- und Gesundheitsbedingungen eingesetzt. Sie haben die Einführung der Demokratie und das Wahlrecht für

Frauen erstritten. In dieser Tradition, also einer autoritäts- und machtkritischen Perspektive, stehen auch die Piraten. Vom Bildungszugang und Informationsfreiheit über Netzneutralität, Zugang zum Gesundheits- und Sozialsystem. In klassischen Bereichen und eher neuen. Egal wie rasant sich die Technik weiterentwickelt, in wie vielen Jahren sich die Rechnerleistung gerade verdoppelt - das Grundprinzip ändert sich nicht.

Es geht um den gerechten Zugang zu Wissen, Bildung und Demokratie unabhängig der Staatsangehörigkeit, des Standes, der Herkunft, der ethnischen Zugehörigkeit, des Geschlechts, oder der sexuellen Orientierung.

**Vor diesem Hintergrund sehe ich die Piratenpartei als klare Weiterführung linker und sicherlich auch liberaler Werte.**

# QUO VADIS PIRATEN – Wir sind sozialliberal

geschrieben von Aleks Lessmann

Die Anfänge der Piraten finden sich in Schweden. Gesetzesänderungen hatten dazu geführt, dass das Recht der Bürger auf Privatsphäre zu Gunsten der Interessen der Verwertungsindustrie ins Hintertreffen gerieten.

Unter ähnlicher Prämisse gründete sich 2006 in Deutschland die Piratenpartei. Das Augenmerk lag bei der Gründung jedoch nicht nur bei der Einschränkung von Bürgerrechten in der digitalen Welt, sondern wurde sehr viel weiter gefasst. Grundsätzlich sollten alle Bürger vor den Eingriffen in ihrer Privatsphäre geschützt werden. Dem entsprechend wurde auch das restliche Parteiprogramm ausgebaut.

2008 wurde ich auf die PIRATEN aufmerksam, als die Wohnung des damaligen Pressesprecher Bayerns von der Polizei durchsucht wurde. Gesucht wurde nach der Quelle eines Leaks von Dokumenten zum später sogenannten „Bayerntrojaner“. Der Bayern- bzw. Bundestrojaner, ein weiterer Eingriff in die Privatsphäre der Bürger.

Großen Zuspruch und einen weiteren starken Mitgliederzuwachs erfuhren die PIRATEN unter den politischen Ereignissen, die heute unter dem Begriff „Zensursula“ zusammen gefasst werden. Als „Zensursula“ ein weit

reichendes technisches System aufstellen wollte (die Stoppschilder), die der Anfang eines Zensursystems hätte werden können.

Allein diese Historie führt deutlich vor Augen: Piraten wollten von Anfang an für die Freiheit der Menschen kämpfen. Es ist also keineswegs verwegen, die Piratenpartei Deutschland als eine freiheitliche Partei anzusehen. So sah die Partei aus, in die ich 2009 eintrat. In den Jahren danach wurde zusätzlich die soziale Komponente von den Piraten hinzugefügt. Dieser Bestandteil ist für eine verantwortungsvolle Politik unerlässlich.

Dass dieses Selbstverständnis weiterhin gegeben ist, haben in den letzten Wochen die Landesparteitage in Rheinland-Pfalz und Niedersachsen, die Landesvorstände in Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein, sowie der frisch gewählte Vorsitzende der Piratenpartei in Berlin deutlich klargestellt: Wir sind sozialliberal.

Was heißt das für mich? Ich könnte es mir einfach machen und sagen, dass echte Liberale sich entlang der drei Grundsätze „Liberté, Egalité, Fraternité“ bewegen. Doch das Leben ist nicht so einfach, nicht so schwarz-weiß.

Was bedeutet es also für mich, die Grundsätze von Freiheit, Chancengleichheit und Solidarität (wie ich die Grundsätze frei übersetze) politisch umzusetzen?

## Freiheit

Mein wichtigster Grundsatz ist, mich für die Freiheit der Menschen einzusetzen. Lokal, global, überall. Das bedeutet, dass ich für weitgehende Rechte jedes einzelnen Menschen arbeite. Für die Bürger- und Menschenrechte Aller.

Ferner bin ich kein Freund davon, überall Verbote und Bestimmungen aufzubauen. Je mehr Freiheit und Verantwortung man dem Einzelnen überlässt, desto eher werden die Menschen im allgemeinen Verantwortung übernehmen. Das muss jedoch von klein auf gelernt und gelebt werden. Zur Verantwortung gehören auch Konsequenzen für Fehler. Freiheit ohne Verantwortung führt zu nichts. Das ist selbst anarchistischen Ideologen klar.

Rosa Luxemburg sagte so treffend: „Freiheit ist immer auch Freiheit der anders Denkenden“. Ich werde mich immer für Meinungsfreiheit einsetzen. Dort, wo ich die Meinungen falsch oder gar gefährlich finde, werde ich mit Aufklärung dagegen agieren, aber nie

mit Verboten, Maulkörben oder gar mit Gewalt.

## Chancengleichheit

Bildung ist der wichtigste Hebel, um Chancengleichheit zu erlangen. Alle Menschen auf dieser Welt sollten kostenlose, lebenslange Bildung genießen. Die Marktradikalen der letzten 30 Jahre, ob in schwarzer, gelber, roter oder grüner Montur, haben stark daran gearbeitet, uns von diesem Ideal immer weiter zu entfernen.

Das beste System, um auch eine wirtschaftliche Chancengleichheit zu erlangen, ist die soziale Marktwirtschaft unter strikter Kontrolle eventueller Monopolbildungen. Dieses Wirtschaftssystem muss sozial und ökologisch ausgeglichen sein.

## Solidarität

Solidarität bedeutet für mich, mich für die einzusetzen, denen es nicht so gut geht wie mir. Deswegen verabscheue ich das Hartz4 System zutiefst. Ein System, welches Menschen einen Tritt gibt, wenn sie am Boden liegen. Meine ideale Gesellschaft würde sich um diese Menschen kümmern und ihnen helfen, wieder auf die Beine zu kommen. Dazu

gehören grundsätzlich ein kostenloses Gesundheitssystem (für körperliche und psychische Gesundheit), und ein menschenwürdiges Überbrückungsgeld und zwar so lange, bis der Mensch wieder selbst dazu in der Lage ist für seinen Lebensunterhalt zu sorgen.

Zur Solidarität gehört aber auch, dass Menschen für ihre Arbeit einen angemessenen Lohn erhalten. Damit sie mit nur einem Job bis zum Monatsende mindestens menschenwürdig ihr Auskommen haben. Es ist inakzeptabel, dass sich Menschen in unserem Land zwei Vollzeitjobs suchen müssen, um genügend zum Überleben zu haben. Es ist für mich genau so wenig hinnehmbar, dass manche Manager sich das 1.000fache des Durchschnittsgehalts in den von ihnen geführten Unternehmen gönnen. Zuzüglich Boni, „selbstverständlich“.

## Der Mensch ist das Maß aller Dinge

Als liberaler Mensch bin ich zutiefst humanistisch (und umgekehrt). Der Mensch ist für mich das Maß aller Dinge. Der Mensch, kein Kollektiv. Ich bin kein Anhänger von kollektivistischen Ideologien (Kommunismus, Sozialismus, Faschismus, Nationalis-

mus, Religionen...). Insbesondere im politischen und gesellschaftlichen Leben bewegen sich meine Gedanken immer entlang der Frage, ob mein Tun und meine Entscheidungen den Menschen dienen.

Im Sinne dieser Ausrichtung haben wir Piraten herrlich progressive, weitreichende Aussagen zu Gender- und Familie beschlossen, die die Probleme des 21. Jahrhunderts angehen, und haben uns klar als soziale Partei positioniert, die über die sozialen Probleme diskutiert, mit denen uns die marktradikale Ideologie der Etablierten sowie der technische Fortschritt beladen haben.

Als Humanist verabscheue ich Gewalt, Gewaltverherrlichung und Gewaltphantasien. Mir würde es nie einfallen, tote Menschen als Kartoffelbrei zu bezeichnen. Genauso wenig würde es mir einfallen, jemanden zu danken, der ganze Städte in Schutt und Asche gelegt hat und dem es egal war, wie viele Zivilisten dadurch umkamen. Krieg mag für von Clausewitz die „Fortführung von Diplomatie mit anderen Mitteln“ sein. Für mich ist Krieg der Zusammenbruch der Diplomatie, der Politik, des Miteinanders.

Mir ist bewusst, dass Krieg manchmal notwendig ist - was im zweiten Weltkrieg gegen das Nazi-Regime selbstverständlich der Fall war. Ich sehe aber nicht, wieso Gewalt in unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung ein Mittel der Politik in irgend einer Weise sein sollte. Und damit meine ich nicht nur physische, körperliche Gewalt, sondern auch die psychische Gewalt.

Bei all dem voran gegangenem sollten wir nicht vergessen, dass Liberalismus - allen voran deren sozialliberale Tendenz - immanent systemkritisch ist, und als solcher immer reformistisch eingestellt. Ausgehend von einem positiven Menschenbild geht der

Sozial-liberale davon aus, dass die Menschheit ständig lernt und sich verbessert und fördert die Anpassung des Systems an diese Veränderungen. Manche dieser Reformen werden zwangsläufig revolutionär wirken. Vor allem, wenn andere Kräfte in der Gesellschaft zu lange mit Reformen gewartet haben (wie z.B. aktuell beim Urheberrechts- und Patentwesen), oder die Reformen in die falsche Richtung gegangen sind (wie aktuell bei den kontinuierlichen Einschränkungen der Bürgerrechte und der Hartz4-Gesetzgebung).

Da wir Piraten den Menschen als das Maß aller Dinge nehmen - jeden einzelnen - sind wir zwangsläufig vom

Kollektivismus weit entfernt, kämpfen für deren Freiheit, auch und besonders im Persönlichen, für Chancengleichheit und für gerechte Gleichbehandlung aller.

Die Piraten sollten wieder eine Partei werden, die jeden einzelnen Menschen als handelndes, denkendes Individuum versteht, welches aus freien Stücken entscheidet, dass die Zugehörigkeit zu diesem Staatsgebilde die bessere der möglichen Lösungen ist, trotz oder gerade wegen aller nötigen Anpassung des Systems. Eine Partei, die für Freiheit, Menschenrechte und Chancengleichheit kämpft. Eine Partei für die Menschen.



# EUROPA



# PIRATEN

*Europa. Grenzenlos.*



# PIRATEN

*Europa. Grenzenlos.*



# GRENZEN SIND SO 800 ER



WIR



# Wir sind nicht allein: PIRATEN-PARTEIEN Europas vereinigt Euch!

geschrieben von Gefion Thürmer

Die Piratenpartei ist keine deutsche Erscheinung. Die erste Piratenpartei gründete sich am 01.01.2006 in Schweden. Gefolgt aber bereits im September des gleichen Jahres durch die Gründung einer deutschen Piratenpartei. Inzwischen gibt es in einem Großteil der europäischen Länder und in vielen anderen Ländern der Welt Piratenparteien.

Bereits zur Europawahl 2009 wurde eine Kooperation aller EU-Piratenparteien im Europawahlkampf angestrebt. Damals wurde die sog. Uppsala-Declaration verfasst, die sowohl gemeinsame politische Ziele als auch Kooperationsvereinbarungen enthielt. Um in Zukunft noch besser aufgestellt zu sein, kam später der Gedanke auf, eine Europäische Partei zu gründen. Hierdurch sollte die Zusammenarbeit institutionalisiert und damit auch medienwirksamer gemacht werden. Zudem besteht auch die Möglichkeit einer finanziellen Förderung durch die EU. Auf der Mitgliederversammlung der Pirate Parties International (PPI) im April 2012 in Prag wurde dann die sog. Prager Erklärung verfasst, die eine Absichtserklärung dahingehend enthielt, dass die Gründung einer solchen Europäischen Piratenpartei (PPEU) forciert werden soll und die europäischen Piratenparteien auch mit einem gemeinsamen Kernwahlprogramm, das Bestandteil der nationalen Wahlprogramme werden soll, in den Europawahlkampf 2014 ziehen wollen. Diese Erklärung wurde von der deutschen Piratenpartei auf ihrem Bundesparteitag in Neumünster eine Woche nach dem Prager Treffen angenommen.

Direkt im Anschluss bildeten sich zwei europäische Arbeitsgruppen, die zunächst online, dann aber auch bei Treffen in vielen Städten Europas die Themen „Gründung einer Europäischen Piratenpartei“ und „Gemeinsamer Europawahlkampf / Gemeinsames Europawahlprogramm“ vorantrieben. Bei den deutschen Piraten wurden vom Bundesvorstand zwei Teams hierfür beauftragt, Jens Seipenbusch und Steffen Ortmann für die Europäische Koordination und Martina Pöser und Balaji Mohan für die Gründung einer Europäischen Piratenpartei,

die sich später wegen des Ausscheidens von Steffen und Balaji zu einem Team vereinigten. Inzwischen ist auch Jens Stomber Mitglied im Team für Europäische Koordination. Dieser Prozess erwies sich zunächst als sehr zäh, da sich schnell zeigte, dass die verschiedenen Piratenparteien sehr unterschiedliche Vorstellungen davon hatten, wie diese Ziele im Detail realisiert werden sollten. Hierdurch erstreckten sich die Verhandlungen über anderthalb Jahre bis Satzung und Grundsatzprogramm der PPEU am 04.09.2013 von 15 europäischen Piratenparteien und den Young Pirates of Europe (YPE) in Luxemburg unterzeichnet werden konnten.

Durch eine gewaltige gemeinsame Anstrengung wurde dann im Oktober/November 2013 auch noch ein Gemeinsames Wahlprogramm formuliert. Hierbei wurde vor allem der deutsche Vorschlag, der besonders umfangreich war und sich aus bereits von deutschen Piraten beschlossenen oder zumindest abgeleiteten Positionen zusammensetzte, zugrunde gelegt, und durch Vorschläge der anderen Piratenparteien ergänzt bzw. durch deren Einspruch reduziert. Sprachlich überarbeitet wurde die englische Fassung dann von den britischen Piraten. Hierbei wurde nach dem Konsensprinzip das Gemeinsame Programm zwischen den für die Europäische Koordination zuständigen Personen der Parteien abgestimmt und den Parteien danach zur Abstimmung vorgelegt. Hierbei hatten die Parteiorgane bis zum 06.01.2014 die Möglichkeit, das Gemeinsame Programm im Ganzen oder in Teilen anzunehmen oder abzulehnen. Seitdem gilt das „Ganz-oder-gar-nicht-Prinzip“. Die deutschen Piraten haben das Gemeinsame Programm auf ihrem Bundesparteitag in Bremen Anfang Dezember 2013 als Positionspapier mit etwa 99%iger Zustimmung angenommen. Auf dem Bundesparteitag in Bochum Anfang 2014 wurde es dann auch als Teil des deutschen Europawahlprogramms verabschiedet. Das Programm enthält insbesondere gemeinsame Forderungen zu den Themen Bürgerbeteiligung und Open Government, Transparenz und Whistleblower-Schutz, Datenschutz und Überwachung, Flüchtlingspolitik, Urheberrechts- und



Patentrechtsreform, internationale Handelspolitik, Freie Software, Freie Kultur und Freies Wissen, Open Access and Open Data und Netzpolitik im Allgemeinen. Zu diesen gemeinsamen Forderungen wollen alle EU-Piratenparteien im Europawahlkampf gemeinsame Kampagnen entwickeln, die unseren Anspruch, eine internationale Bewegung zu sein, untermauern sollen. Eine darüberhinausgehende Kooperation einzelner Piratenparteien zu anderen Themen, wenn Forderungen, wie z.B. die nach einem europaweiten BGE, nicht von allen Piratenparteien, aber von einzelnen oder vielen geteilt werden, soll ebenfalls erfolgen.

Am 21./22.03.2014 findet in Brüssel eine große politische Konferenz statt, die von den schwedischen Europaabgeordneten der Piraten Amelia Andersdottir und Christian Engström organisiert wird. Dort wird auch die offizielle Gründung der Europäischen Piratenpartei einschließlich der Wahl ihres Vorstands stattfinden, so dass die PPEU dann rechtzeitig zur Neuwahl des Europäischen Parlaments arbeitsfähig sein wird. Sie soll insbesondere dafür sorgen, dass eine Anbindung der EU-Parlamentarier an die europäischen Piratenparteien sichergestellt wird; auch an jene, die selbst keine eigenen Abgeordneten im jetzigen und zukünftigen Europäischen Parlament stellen.



12. Píratapartíði (PPIS)
13. Partido Pirata Português (PPPT)
14. Partido Pirata (PPES)
15. Parti Pirate (PPFR)
16. Pirate Party UK (PPUK)
17. Pirate Party Eire (PPIE)
18. Partito Pirata Italiano (PPIT)
19. Parti Pirate Suisse (PPCH)
20. Piratenpartei Deutschland (PPDE)
21. Piratepartei Lëtzebuerg (PPLU)
22. Parti Pirate (PPBE)
23. Piratenpartij Nederland (PPNL)
24. Piratpartiet (PPDK)
25. Piratpartiet Norge (PPNO)
26. Piratpartiet (PPSE)
27. Partia Piratów (PPPL)
28. Česká pirátská strana (PPCZ)
29. Piratenpartei Österreich (PPAT)
30. Piratska stranka Slovenije (PPSI)
31. Piratska Stranka Hrvatske (PPHR)
32. PiratskaPartija.ba (PPBA)
33. Piratska Partija Crne Gore (PPMNE)
34. Partia Pirate Shqiptare (PPAL)
35. Κόμμα Πειρατών Ελλάδας (PPGR)
36. Пиратска Партија (PPBG)
37. Piratska Partija Srbije (PPRS)
38. Kalozpart (PPHU)
39. Slovenská pirátska strana (PPSK)
40. Partidul Pirat România (PPRO)
41. Пиратська Партія України (PPUA)
42. Партия пиратов Беларуси (PPBY)
43. Lietuvos Piratų Partija (PPLT)
44. Piratu Partija (PPLV)
45. Eesti Piraadipartei (PPEE)
46. Piraattipuolue (PPFI)
47. Пиратская партия России (PPRU)
48. Korsan Partisi (PPTR)
49. Pirate Party Cyprus (PPCY)

Zudem soll sie europaweite Kampagnen, politische Konferenzen und andere Veranstaltungen organisieren und unterstützen. Auch soll sie der Presse als Ansprechpartner für eine europäische Piratenpolitik, die nicht allein durch einen nationalen Blickwinkel geprägt ist, dienen. Da die deutschen Piraten bereits auf dem Bundesparteitag in Bremen Anfang Dezember 2013 einer Mitgliedschaft in der PPEU zugestimmt haben, werden wir als Gründungsmitglied von Anfang an dabei sein, wenn die Europäischen Piraten aus der Taufe gehoben werden.

Eine solche Kooperation von nationalen Parteien auf europäischer Ebene, bei der diese zu einer Europawahl mit einem gemeinsamen Wahlprogramm antreten, ist bisher einmalig. Wir werden aber darauf hinarbeiten, dass die Europäischen Parteien zukünftig diesen Namen auch verdienen und bei Europawahlen anstelle der nationalen Parteien und europaweit statt national antreten. Nur so können endlich auch auf europäischer Ebene gleiche Wahlen durchgeführt werden und Europa jenseits nationaler Partikularinteressen zusammenwachsen. Im Rahmen der aktuellen rechtlichen Möglichkeiten möchten wir Piraten Speerspitze auf dem Weg zu diesem Ziel sein. Wir bleiben damit nicht links oder rechts, sondern vorn!

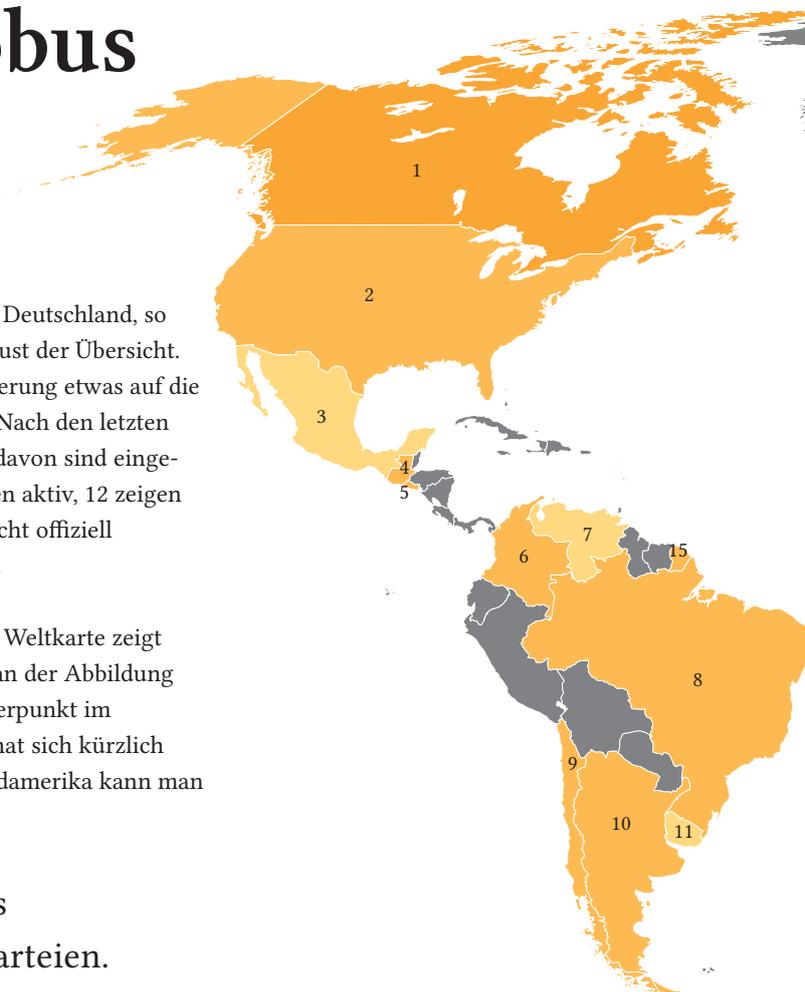
# PIRATENPARTEIEN rund um den Globus

Ein Artikel von Josef Ohlsson Collentine; Übersetzung von Francis-Drake.  
Veröffentlicht in Zusammenarbeit mit der Pirate Times unter CC-BY.

Seit ihrer Gründung ist die Piratenpartei stetig gewachsen, wie in Deutschland, so auch in vielen anderen Ländern. Das führt unweigerlich zum Verlust der Übersicht. Daher haben wir hier einen Überblick für Euch, der Eurer Orientierung etwas auf die Sprünge hilft. Der Stand des Überblicks ist datiert auf März 2013. Nach den letzten Zählungen gibt es 65 Piratenparteien in 62 Ländern weltweit. 23 davon sind eingetragen, 27 weitere sind auf Webseiten oder in sozialen Netzwerken aktiv, 12 zeigen derzeit weniger Aktivität und in drei Ländern gibt es mehrere, nicht offiziell anerkannte Piratenparteien, die sich untereinander nicht einigen.

Das Wachstum der Piraten-Bewegung nimmt zu. Die abgebildete Weltkarte zeigt Länder, in denen Piratenparteien gegründet worden sind. Wie man der Abbildung entnehmen kann, findet die Idee von Piratenparteien ihren Schwerpunkt im Euroraum, sie breitet sich aber kontinuierlich aus. In Australien hat sich kürzlich erst eine Bewegung als offizielle Partei registriert und auch in Südamerika kann man viel Aktivität beobachten.

**Weltweit beteiligen sich bereits  
über 600.000 Personen in 65 Piratenparteien.**



## AMERIKA

1. Pirate Party of Canada (PPCA)
2. United States Pirate Party (PPUS)
3. Partido Pirata Mexicano (PPMX)
4. Partido Pirata Guatemala (PPGT)
5. Partido Pirata de El Salvador (PPSV)
6. Partido Pirata Colombiano (PPCO)
7. Partido Pirata de Venezuela (PPVE)

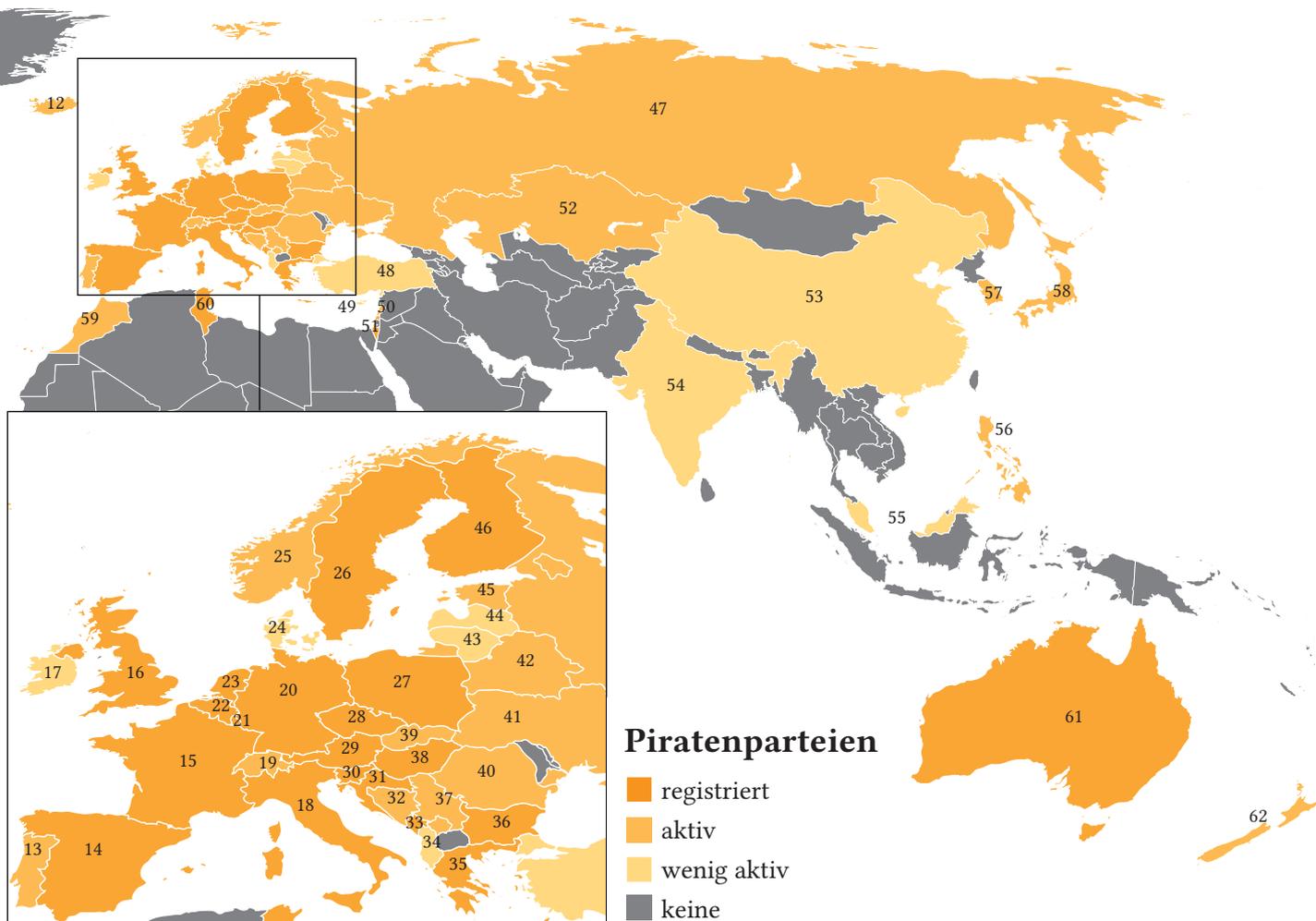
8. Partido Pirata do Brasil (PPBR)
9. Partido Pirata de Chile (PPCL)
10. Partido Pirata Argentino (PPAR)
11. Partido Pirata en Uruguay (PPUY)

## EUROPA

12. Píratapartíðið (PPIS)
13. Partido Pirata Português (PPPT)
14. Partido Pirata (PPES)
15. Parti Pirate (PPFR)

16. Pirate Party UK (PPUK)
17. Pirate Party Eire (PPIE)
18. Partito Pirata Italiano (PPIT)
19. Parti Pirate Suisse (PPCH)
20. Piratenpartei Deutschland (PPDE)
21. Piratpartei Lëtzebuerg (PPLU)
22. Parti Pirate (PPBE)
23. Piratenpartij Nederland (PPNL)
24. Piratpartiet (PPDK)
25. Piratpartiet Norge (PPNO)
26. Piratpartiet (PPSE)
27. Partia Piratów (PPPL)

28. Česká pirátská strana (PPCZ)
29. Piratenpartei Österreich (PPAT)
30. Piratska stranka Slovenije (PPSI)
31. Piratska Stranka Hrvatske (PPHR)
32. PiratskaPartija.ba (PPBA)
33. Piratska Partija Crne Gore (PPMNE)
34. Partia Pirate Shqiptare (PPAL)
35. Κόμμα Πειρατών Ελλάδας (PPGR)



- 36. Пиратска Партија (PPBG)
- 37. Piratska Partija Srbije (PPRS)
- 38. Kalozpart (PPHU)
- 39. Slovenská pirátska strana (PPSK)
- 40. Partidul Pirat România (PPRO)
- 41. Піратська Партія України (PPUA)
- 42. Партија пиратов Беларуси (PPBY)
- 43. Lietuvos Piratų Partija (PPLT)
- 44. Piratu Partija (PPLV)
- 45. Eesti Piraadipartei (PPEE)

- 46. Piraattipuolue (PPFI)
  - 47. Пиратская партия России (PPRU)
  - 48. Korsan Partisi (PPTR)
  - 49. Pirate Party Cyprus (PPCY)
- ASIEN**
- 50. Pirate Party Lebanon (PPLB)
  - 51. מפלגת הפיראטים (PPIL)
  - 52. Қазақстан Қарақшылар Партиясы (PPKZ)
  - 53. Pirate Party China (PPCN)
  - 54. Pirate Party India (PPIN)

- 55. Pirate Party Malaysia (PPMY)
  - 56. Philippine Pirate Movement (PPPH)
  - 57. Pirate Party South Korea (PPKR)
  - 58. Pirate Party Japan (PPJP)
- AFRIKA**
- 59. Parti Pirate du Maroc (PPMA)
  - 60. Parti Pirate Tunisien (PPTN)
- AUSTRALIEN**
- 61. Pirate Party Australia (PPAU)
  - 62. Pirate Party New Zealand (PPNZ)



QR-Code zu einer interaktiven Karte auf <http://piratetimes.net/pirate-parties-worldwide/> die zahlreiche zusätzliche Informationen bietet.

# EUROPA- Kandidaten

geschrieben von den Kandidat\*innen

## Grenzenlos Europa.

Der unsichtbare Krieg gegen Migration nach außen, die Förderung von digitaler Überwachungstechnologie nach Innen und eine fehlende verbindliche Netzneutralität: Europa baut Grenzen auf, anstatt sie niederzureißen. Dabei ist das eine der Kernideen Europas: Grenzen niederzureißen.

Grenzenlos ist der Gesellschaftsentwurf, den wir im Netz gefunden haben – und dort leben. Unser Gesellschaftsentwurf ist ein Entwurf für Europa. Kleiner als Europa wollen wir gar nicht mehr denken.



Julia Reda | CC-BY-SA bartjez.cc

## 1. Julia Reda, Nick: Senficon

Julia Reda ist 27 Jahre alt, Mitglied im Kreisverband Frankfurt der Piratenpartei und seit 2009 bei den Piraten aktiv. Vorher war sie sechs Jahre lang Mitglied der SPD, bis sie im Streit um die Netzsperrern ausgetreten ist. Von 2010 bis 2012 war sie Vorsitzende der Junge Piraten und übernimmt derzeit die internationale Koordination der Jugendorganisation. Sie ist Gründungsvorsitzende der Young Pirates of Europe und Spitzenkandidatin der Piratenpartei Deutschland für die Europawahl 2014.

Reda hat kürzlich ihr Studium der Politikwissenschaft abgeschlossen und steht kurz vor Ihrem Abschluss im Fach Publizistik an der Universität Mainz. Für ihre Magisterarbeit hat sie über die Aufnahme netzpolitischer Themen in die Programme der großen deutschen Parteien geforscht. Netzpolitik gehört auch bei den PIRATEN zu ihren Hauptthemen, insbesondere in Hinsicht auf Urheberrecht, Netzneutralität, freien Austausch von Wissen und Kultur. Außerdem setzt sie sich für mehr Jugendbeteiligung und Stärkung der Europäischen Demokratie ein.

Politische Ziele im Europaparlament: „Ich will in ganz Europa zum Abbau von Grenzen und zum Aufbau einer offenen Gesellschaft beitragen. Dazu gehört für mich Erhalt und Ausbau offener Kommunikationsstrukturen, die Lockerung und Harmonisierung des Urheberrechts, und die Öffnung der Europäischen Institutionen für politische Beteiligung durch aktive Transparenz – also nicht nur die bloße Veröffentlichung von Informationen, sondern deren Aufbereitung in einer Form, die zum Mitmachen einlädt. Auch nach außen darf sich die EU nicht abschnitten, sondern muss ihr Bekenntnis zu Menschenrechten ernst nehmen. Deshalb will ich mich für ein menschenwürdiges Asylrecht einsetzen.“



Fotios Amanatides | CC-BY-SA bartjez.cc

## 2. Fotios Amanatides, Nick: DosOz

Fotios Amanatides (43) aus Leverkusen ist seit 2009 Mitglied der Piratenpartei und zweiter Spitzenkandidat für die Europawahl 2014. Als Politikwissenschaftler am Forschungsinstitut für Politische Wissenschaft und Europäische Fragen der Universität zu Köln gilt er als ausgewiesener Europaexperte der Piratenpartei. Derzeit forscht er über Diplomatie in der vernationalen Zeit. Von 2010 bis 2013 war er Koordinator

der Arbeitsgruppe Außen- und Sicherheitspolitik sowie 2011 bis 2012 Koordinator der Arbeitsgruppe Europa. Seit 2011 veranstaltet er die „Potsdamer Konferenz“ der Arbeitsgruppen Europa sowie Außen- und Sicherheitspolitik. Zahlreiche Ergebnisse dieser Veranstaltungen finden sich in den Grundsatz- und Wahlprogrammen der PIRATEN wieder. International wirkte er an der Gründung Piratenpartei Griechenland und der Europäischen Piratenpartei (PPEU) mit.

Politische Ziele im Europaparlament: „Europa ist viel mehr als unfassbare Regelungen zu Salatgurken und Ölkännchen. Europa ist ein Friedensprojekt, das dürfen wir nicht vergessen. Das Ziel ist die langfristige Friedenssicherung durch Überwinden der Nationalstaaten. Ob Menschenrechte, Asyl- und Flüchtlingspolitik, das Freihandelsabkommen TTIP oder Urheberrecht – alles ist letzten Endes Bestandteil der Europäischen Integration. Was Europa jetzt braucht, ist ein mutiges Vorschreiten für ein solidarisches und in seiner Vielseitigkeit vereintes grenzenloses Europa. Doch ohne Bürgerbeteiligung im Integrationsprozess, wird Europa scheitern. Wir Piraten als transnationale Bewegung wollen die Stimme der Bürger sein und uns für eine demokratische und transparente Union einsetzen.“



Anke Domscheit-Berg | CC-BY-SA bartjez.cc

### 3. Anke Domscheit-Berg, Nick: anked

Anke Domscheit-Berg (46) aus Fürstentum/Havel ist seit 2012 Mitglied der Piratenpartei und auf Listenplatz 3 für die Europawahl 2014.

Als langjährige Aktivistin und Publizistin ist sie spezialisiert auf die Umbrüche durch die digitale Gesellschaft, die Gefahren eines Überwachungsstaates und die Potenziale von Open Government: einen offeneren und partizipativen Staat, in dem ein neues Verhältnis zwischen Bürger\*innen und Staat möglich ist. Beruflich und ehrenamtlich kämpft sie für mehr Geschlechtergerechtigkeit. Sie ist Landesvorsitzende der Piratenpartei Brandenburg und war bis zum Europawahlkampf Themenbeauftragte der PIRATEN für Open Government. Nach einem Studium der Internationalen BWL in Deutschland und England sowie 15 Jahren in der IT Industrie, ist Anke Domscheit-Berg seit 2011 selbständige Unternehmerin. Sie ist verheiratet mit Daniel Domscheit-Berg und hat einen 13jährigen Sohn.

Politische Ziele im Europaparlament: „Die EU braucht ein Demokratie Upgrade: transparentere Entscheidungsprozesse, mehr Einbeziehung der Zivilgesellschaft, einen Volksentscheid auf EU-Ebene, endlich Legislativrecht für das Europaparlament, freien Informationszugang zu allen staatlichen Informationen, einschließlich Protokolle, Gutachten, Verträge und Subventionen. Als einer der größten Wirtschaftsräume der Welt sollte die EU ein internationales Überwachungsabbrüstsabkommen anstoßen, um einen digitalen Totalitarismus zu verhindern und demokratische Freiheitsrechte auch in der digitalen Gesellschaft zu schützen. Ich möchte eine solidarische EU, offen und vielfältig, an deren Grenzen nie wieder Menschen sterben. In meiner Vision der EU gibt es starke Regionen aber auch moderne Regulierungen, die Finanzmärkte zügeln, Verbraucher\*innen schützen, aber gleichzeitig Kreativität fördern. Mein Glaube an die Möglichkeit großer Veränderungen gibt mir die nötige Energie, für diese Visionen zu kämpfen. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit den Pirat\*innen anderer EU Mitgliedsstaaten in einer Bewegung, die gemeinsam die Interessen aller Europäer\*innen vertritt.“



QR-Code zu einem ausführlichen Artikel von Julia Reda, wie wir uns Europa vorstellen: <http://pir.at/grenzenlos>



Bruno Gerd Kramm | CC-BY-SA bartjez.cc

**4. Bruno Gerd Kramm,  
Nick: brunogerdkramm**

Bruno Gerd Kramm ist Musikproduzent und Inhaber eines eigenen Plattenlabels. Bei den Piraten kämpft er seit 2012 als Themenbeauftragter für Urheberrecht für eine Reform des Urheberrechts. Als Abgeordneter des Europäischen Parlaments möchte er dem Lobbyismus die Stirn bieten und sich für die Reform der Immaterialgüterrechte sowie für ein offen verhandeltes TTIP einsetzen.



Anne Helm | CC-BY-SA bartjez.cc

**5. Anne Helm  
Nick: SeeroiberJenny**



Gregory Engels | CC-BY-SA bartjez.cc

**6. Gregory Engels,  
Nick: dichter**

Gregory Engels ist 1976 in Moskau geboren und siedelte 1989 in die BRD um. Der Familienvater und IT-Unternehmer ist seit 2011 Fraktionsvorsitzender der Piraten im Offenbacher Stadtparlament. Außerdem ist Engels Beauftragter für internationale Zusammenarbeit und Co-Vorsitzender der Pirate Parties International.



Jens Seipenbusch | CC-BY-SA bartjez.cc

**7. Jens Seipenbusch,  
Nick: Seipenbusch**

Jens Seipenbusch war Gründungsvorstand der Piratenpartei und zuletzt bis

2011 deren Bundesvorsitzender. Er engagiert sich insbesondere für Datenschutz und Bürgerrechte im digitalen Zeitalter, seit 2007 auch auf europäischer Ebene. Er ist Physiker, 45 Jahre alt, verheiratet und lebt in Münster.



Gilles Bordelais | CC-BY-SA bartjez.cc

**8. Gilles Bordelais,  
Nick: Gilles\_PPDE**

Der 39-jährige Franzose ist der Europäer unter den Kandidaten. Bordelais lebt mit seiner Frau und seinen zweisprachigen Kindern in Köln, wo er EDV-Systeme in öffentlichen Schulen wartet. Als Parlamentarier möchte er sich für Transparenz und Mitbestimmung stark machen.



Martina Pöser | CC-BY-0 privat

### 9. Martina Pöser, Nick: LunaLoof

Martina Pöser ist 36 Jahre alt und arbeitet als Juristin in der Verwaltung in Bremen. Seit 2010 engagiert sie sich bei den Piraten insbesondere in der Zusammenarbeit mit anderen europäischen Piratenparteien. Als EU-Abgeordnete möchte sie sich für eine neue Handelspolitik und eine Urheberrechtsreform einsetzen.



Patrick Schiffer | CC-BY-SA bartjez.cc

### 10. Patrick Schiffer, Nick: pschiffer

Patrick Schiffer (41), derzeit mit Freundin und 3 Kindern in Düsseldorf lebend, ist

in Belgien geboren, in Deutschland und Ägypten groß geworden und hat sich in den Niederlanden zum visuellen Profi ausbilden lassen. Neben dem Internet im Allgemeinen und Besonderen - auch auf beruflicher Ebene - interessiert er sich auch für Design, Kunst, Musik und kocht leidenschaftlich gerne.

Er ist im März 2012 der Piratenpartei beigetreten, wirkt seit April 2013 als Landesvorsitzender der Piraten in Nordrhein-Westfalen und neben seiner Mitgliedschaft in den Arbeitsgruppen Europa, Asyl und Netzpolitik schreibt er Artikel für das internationale Piratenblog „Pirate Times“. Zudem ist er stimmberechtigtes Mitglied sowohl der belgischen als auch der niederländischen Piratenpartei.

Politische Ziele im Europaparlament: „Um eine politisch lebendige und grenzenlose Einheit Europas herzustellen, reicht eine gemeinsame Währung und Rettungstroika einfach nicht mehr aus. Das verfassungslose Projekt Europa, was unter einem intellektuellen Vakuum der politischen Klasse leidet, steht auf der Kippe zum Scheitern. Viele Bürger verstehen und wissen längst nicht mehr, was in der europäischen Politik eigentlich passiert, denn sie werden weder informiert (Transparenz), entscheidend beteiligt (Demokratie), noch meinungsbildend gefragt (Partizipation).

Nur die junge, engagierte und politisch interessierte Generation Europas kann diesem bürokratischen Papier- und Lobbyapparat mit neuen Ideen und Schwung wieder integratives Leben und innovativen Veränderungswillen einhauchen! 43% Wahlbeteiligung sind viel zu wenig, da geht noch viel mehr! Dafür treten wir Piraten an.“



Martin Kliehm | CC-BY-NC-SA taytomFFM

### 11. Martin Kliehm, Nick: kliehm

Martin Kliehm ist Web-Entwickler und Vorsitzender der ELF Piraten Fraktion Frankfurt/Main. Er engagiert sich für Menschenrechte, Bildung, Teilhabe, Kultur, Open Data, Informations- und Barrierefreiheit. Im Europaparlament möchte er TAFTA/TTIP, Datenschutz, die Wasserrahmenrichtlinie und den Einsatz von Drohnen thematisieren.



Stefan Ćirković | CC-BY-NC-SA taytomFFM

### 12. Stevan Ćirković, Nick: ResEuropae

Stevan Ćirković ist Jahrgang 1991 und hat deutsch-serbische Wurzeln. Er studiert Politikwissenschaft und engagiert sich bei den Piraten in der Außen- und Rüstungskontrollpolitik. In Brüssel will er sich für eine restriktive europäische Waffenexportkontrolle und ein Umdenken in der GASP einsetzen.

# Unser TRAUM für EUROPA!

geschrieben von Hauke

Am 25. Mai 2014 findet in Deutschland die achte Europawahl statt. Durch die Wahl werden die 96 deutschen Mitglieder des Europäischen Parlaments bestimmt. Wir Piraten sehen großes Potenzial in der Entwicklung Europas, aber sind sehr besorgt über die Richtung dieser Entwicklung. Deshalb stellen wir uns zur Wahl, um aktiv an unserem Traum für Europa mitzuwirken. Doch wie sieht „unser Traum für Europa“ aus?

Die Zusammenführung der einzelnen europäischen Staaten zu einem großen Europa unterstützen wir zutiefst. Die Identitäten, Sprachen und Kulturen der einzelnen Nationen in Europa sind essentiell und sollen erhalten und gefördert werden. Aber durch eine gegenseitige Öffnung und die Zusammenführung vieler staatlicher Aufgaben kann jeder EU-Bürger dazu gewinnen; mehr als das die einzelnen Staaten könnten. Europa ist größer als die Summe seiner Teile.

Obwohl Europa als Idee überzeugt, braucht es noch viel Zuwendung, damit es auch in der Praxis funktioniert. In der jüngeren Geschichte hat sich zwar das Machtgleichgewicht zwischen Europa und den Einzelnationen hin zu Europa verschoben. Allerdings sind die demokratischen Strukturen dieser Machtverschiebung nicht angepasst worden. Indem wir jetzt handeln, können wir das nachholen. Nur dann werden wir nicht in Zukunft vom einem fernen Europa regiert, das keiner so richtig versteht, sondern es kann jeder Einfluss auf sein Schicksal nehmen. Ein wichtiger Bestandteil darin ist die Stärkung von Kompetenzen des Europäischen Parlaments. Denn dort sitzen die Vertreter der EU-Bürger. Dort können wir mit unserer Stimme direkten Einfluss nehmen. Gestützt von einer Europäischen Verfassung, welche neue Maßstäbe für Generationen setzt, könnte dieses Parlament eine Europaregierung wählen, hinter der wir alle stehen.

Gleichzeitig mit der Stärkung der Bürger im repräsentativen Parlament, wünschen wir uns europaweite Bürgerabstimmungen zu wichtigen rechtlichen Veränderungen in der EU. Nur dadurch können die Bürger wirklich direkt Einfluss auf die ferne Europaregierung nehmen. Das unbestimmte Gefühl, dass Europa doch vom Einzelnen viel zu weit weg ist, soll der Vergangenheit angehören. Dafür können in der Zukunft die national noch sehr unterschiedlichen Bürgerinitiativen europaweit vereinheitlicht werden. Gleiches Recht und gleich Chancen werden für alle EU-Bürger gelten.

Im Vergleich zu jedem seiner Mitgliedstaaten ist Europa schon rein geografisch sehr groß. Allein diese Gegebenheit stellt seine Handlungsfähigkeit vor große Herausforderungen, die noch vor nicht allzu langer Zeit nur mit fernen Delegationen zu lösen waren. Doch seit ein paar Jahrzehnten gibt es einen technologischen Schwung, der in diesen Strukturen noch nicht berücksichtigt ist. Die digitale, weitreichende, verteilte, gleichberechtigte und schnelle Vernetzung der Menschen muss Ziel und Werkzeug werden, um ein demokratisches Europa zu gewährleisten. Das Internet muss in seinem Potenzial erkannt werden, technisch und didaktisch gefördert werden und seine Gefahren eingedämmt werden.

Über Open Data kann die europäische Führung seinen Bürgern ermöglichen, ihre Arbeit beliebig detailliert nachzuvollziehen. Diese Nachvollziehbarkeit ist nur durch große Transparenz zu erreichen, wie sie jeder Staat seinen Bürgern schuldet. Eine größere demokratische Verbindung braucht größere Transparenz. Um jedem EU-Bürger die Teilnahme an diesem Prozess zu ermöglichen, müssen Netzausbau und Bildung vorangetrieben werden. Der Schutz der Netzneutralität garantiert den Zugang für jeden.

Je größer das Potenzial des Netzes ist, je tiefer seine Einbindung in den Alltag und den Staat ist, desto größer sind auch die Gefahren. Aktuelle Enthüllungen offenbaren den Missbrauch und den Fehlwuchs, den Staaten sich bis zu diesem Zeitpunkt schon geleistet haben. Europa hat das Potenzial, dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten. Europa kann ein weltweites Vorbild für den Datenschutz sein. Datenschutz muss von öffentlicher Seite gefordert, gefördert und durchgesetzt werden. Dann kann Europa zu einem datenschutzrechtlichen Hafen werden, in dem Unternehmen, Bürger und Dienstleistungen festmachen. Menschenrechte und Privatsphäre können in Europa besser geschützt werden als anderswo. Wir wünschen uns dafür anonymen, verschlüsselten und schnellen Netzzugang als Menschenrecht. In unserem Traum für Europa gibt es keine anhaltlose Datenspeicherung und Überwachung, sondern Freiheit statt Angst.

Dieses freie Europa kann es sich leisten, sich an die Genfer Flüchtlingskonvention zu erinnern. Solidarisch stellen sich alle europäischen Mitgliedsstaaten ihrer Verantwortung gegenüber Menschen auf der Flucht. Sie nehmen so viele Flüchtlinge auf, wie sie können, unabhängig davon, ob sie geografisch zentral oder am Rand von Europa liegen. Flüchtlinge und Asylsuchende werden wie Menschen behandelt, wie es ihr Recht ist. In allen europäischen Ländern werden die Standards von Flüchtlingsanerkennung, -unterbringung, und -versorgung angeglichen.

So wie es für alle Gäste Europas Mindeststandards geben kann, so könnte auch für unsere Bürger ein Existenzminimum geschaffen werden. Ohne die Knüpfung an Bedingungen könnte jedem die Erfüllung seiner Grundbedürfnisse erfüllt und eine Teilhabe an der Gesellschaft gewährleistet werden.

Menschen, deren Alltag sich jetzt noch nur um die Beschaffung von Nahrungsmitteln dreht, können dann nie dagewesene Potenziale nutzen. Dieser Gewinn an Wirtschaftlichkeit kann die Kosten eines bedingungslosen Grundeinkommens leicht tragen.

Dieses demokratische und menschenfreundliche Europa bietet auch an anderen Stellen Öffnung an. Ein reformiertes Urheberrecht kann die verkrusteten Monopole in Informationen und Kultur aufbrechen und mehr Menschen besseren Zugang zu ihrer persönlichen sozialen, technischen und kulturellen Entwicklung geben. Patente, die Innovation bremsen und der Gesellschaft schaden, können nicht länger geschützt werden. Im gleichen Zuge wird die Schaffung von Gemeingütern, die von Anfang an der Gesellschaft gehören, gefördert und geschützt. Im Energiesektor kann sich Europa der Nachhaltigkeit öffnen und den Sprung zu den erneuerbaren Energien schaffen. Europa ist groß genug, um auf globaler Ebene solche langfristigen Entscheidungen mit zu tragen und zu treiben.

All das sind nur Auszüge aus unserem Traum für Europa. Dieser Traum kann nicht über Nacht Wirklichkeit werden, sondern erfordert viel politische Arbeit. Wir Piratenparteien haben dabei gegenüber den auf europäischer Ebene zersplitterten und lokal gewachsenen Landesparteien einen großen Vorteil. Wir sind mit diesem Traum in allen europäischen Ländern parallel gegründet worden. In allen diesen Ländern treten wir mit diesem gleichen Traum als unserem Wahlprogramm in der Europawahl 2014 an. Und egal in welchem Land uns jemand wählt, jede Stimme für uns ist eine Stimme für diesen Traum. Die Piratenpartei ist überall zu finden. So wie dieser Traum.



# OPENANTRAG

geschrieben von Steve König

Bereits seit 2006 gibt es die Piratenpartei Deutschland nun schon, und es ist nicht zu bestreiten, dass sich seit der Gründung einiges verändert hat. Mittlerweile beschäftigen sich die Piraten mit einer Vielzahl von Themen, die vor allem das Ziel haben, jeden Menschen ein faires und unbeeinträchtigtes Leben und Mitbestimmung bei der Politik, die sie betrifft, zu gewährleisten. Diese Punkte im Wahlprogramm verankert zu haben, ist natürlich nur der Anfang. Die Umsetzung dieser Ideen gestaltet sich oft sehr schwierig. Doch für die Basisdemokratie gibt es nun seit geraumer Zeit einen vielversprechenden Ansatz, der sich zu einer etablierten Lösung entwickeln könnte: OpenAntrag.

Die Idee dazu stammt aus dem Jahr 2011: Zwei Piraten ziehen in die Stadtverordnetenversammlung Wiesbaden ein und bilden eine Fraktion mit zwei anderen Mitglieder von den Linken. Eine Fraktionsseite musste her, an deren Aufbau unter anderem Kristof Zerbe, momentaner Generalsekretär des Landesverbandes Hessen, Softwareentwickler und Verantwortlicher für das Portal [pirat.ly](http://pirat.ly), beteiligt war. In diesem Rahmen kam eine Idee auf: Wie kann man Wünsche, Sorgen und Ideen der Einwohner online in Form von Bürgeranträgen aufnehmen und gegebenenfalls umsetzen? Wie kann man zeigen, dass diese Fraktion das Wort „Volksvertreter“ ernst nimmt und man mit den Bürgern interagieren möchte?

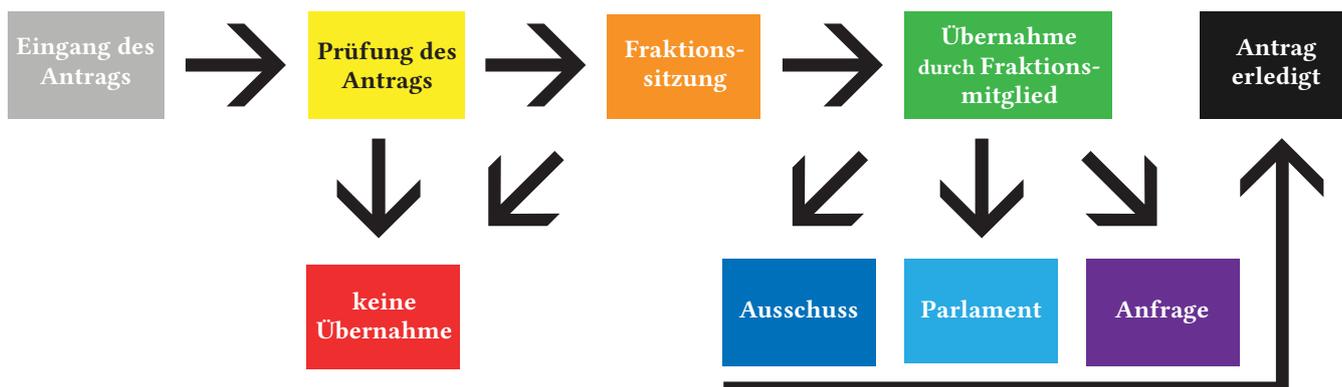
Daraufhin entwickelten Kristof und Hendrik Seipel-Rotter, Pirat in der StVV Wiesbaden, ein Konzept zur Bürgerbeteiligung für die LiPiWi-Fraktion. Die Grundidee bestand erst einmal darin, den Menschen eine einfache Möglichkeit zu geben, ihre Anträge einreichen und diskutieren zu können. Wichtig dafür war die transparente Gestaltung der Bearbeitungsschritte, so dass jeder Antragsteller (und jeder Interessierte) zu jedem Zeitpunkt weiß, in welchem Status sich ein Antrag befindet.

Der Fokus lag somit auf einem nachvollziehbaren Workflow, auf Transparenz und nicht zuletzt Anonymität, da die Abstimmung über Anträge auf das Thema bezogen sein sollte, und nicht auf die Person oder ihre Ideologie. Die Bearbeitung läuft dabei komplett über die Website ab. Ein Antrag wird eingereicht, kann öffentlich diskutiert und kommentiert werden, die Fraktion entscheidet über die Einbringung und veröffentlicht das Ergebnis auf der Seite.

Letztes Jahr erreichte Kristof schließlich eine Anfrage von zwei anderen hessischen Kommunalabgeordneten. Auch sie wollten diese Art der Bürgerbeteiligung nutzen. Da die Website der LiPiWi allerdings eine Eigenentwicklung war, mussten sich zuerst Gedanken gemacht werden, wie man die Idee plattformunabhängig gestalten konnte. Das Ergebnis dieser Überlegung ist [openantrag.de](http://openantrag.de): ein Portal für Bürgeranträge, bei dem sich verschiedene Fraktionen anmelden können und das alle relevanten Daten mit Hilfe einer API zur Integration in die eigene Website zur Verfügung stellt.

Hierfür galten dieselben Grundprinzipien wie für die Website der LiPiWi-Fraktion. Besonderes Augenmerk musste nur auf die Flexibilität des Antragsprozesses gelegt werden, da dieser sich von Parlament zu Parlament unterscheiden kann. Des Weiteren durfte der Fokus nicht mehr auf den Piraten liegen, sondern auf den Parlamenten selbst. So kann bspw. jedes Parlament das Design seiner Seite verändern und anpassen. Letztendlich war es natürlich auch für OpenAntrag selbst wichtig, ein klares und intuitives Bedienkonzept zu schaffen, sodass jeder Bürger eine einfach zugängliche Möglichkeit hat, Anträge einzureichen.

Die Entwicklung am Portal selbst begann im März 2013. Verwendet wurden dabei hauptsächlich die Technologien Microsoft .NET, HTML 5, CSS 3 sowie JavaScript.



Die Daten werden dabei von einer dokumentorientierten NoSQL-Datenbank gehalten, für die eine .NET-basierende Volltextsuche implementiert wurde. Dabei wird schnell ein Problem klar: Wie verbindet man die Ideologie von Offenheit/OpenSource mit den eingesetzten Microsoft-Technologien?

In erster Linie geht es natürlich um Datenschutz und Transparenz für die Nutzer. Um dem gerecht zu werden, hält sich die Seite an bestimmte Grundsätze: keine Werbung, keine Weiterverwendung von persönlichen Daten, Anonymität für die Nutzer. Zudem ist auch der Quellcode des Projekts auf [openantrag.codeplex.com](http://openantrag.codeplex.com) unter einer GPL2-Lizenz veröffentlicht und für jeden zugänglich.

Weiterhin bestand diesbezüglich die Frage, ob das Projekt auch von der Piratenpartei betrieben werden kann. Das Problem an dieser Stelle ist aber weder Transparenz noch Datenschutz: Die Übernahme auf die parteieigene Infrastruktur ist zwar gewollt und geplant, doch der momentane Ressourcenmangel der Piraten steht der Umsetzung im Weg. Sicheres Hosting und die Stabilität der Seite werden von Kristof priorisiert.

Im September 2013 kam schließlich eine Anfrage der Luxemburger Piraten, die OpenAntrag auch für ihre Fraktion nutzen wollten. Leider schafften sie es nicht ins Parlament, die Idee für eine internationale Version des Portals blieb aber, besonders, da Kristof bereits den Infrastruktur-Code für alle drei Amtssprachen Luxemburgs geschrieben hat.

Neben der Internationalisierung ist vor allem die Entwicklung zum Vollantragsportal das Hauptziel. Die Fraktionen sollen die Möglichkeit bekommen, nicht nur Anträge von Bürgern, sondern generell alle Anträge über das Portal abwickeln zu können.

Geplant ist in diesem Zusammenhang auch, dass den Fraktionen eine Vernetzung auf Antragsebene ermöglicht wird. Damit könnten Ideen über das eigene Parlament hinaus verbreitet werden und die Parlamente würden von der Arbeit untereinander profitieren.

Momentan geht die Entwicklung allerdings etwas langsamer voran. Dies geschieht vor allem aus Gründen der Stabilität; bereits 50 Parlamente nutzen die Plattform, Anzahl steigend. Besonders mit Augenmerk auf die anstehenden Kommunalwahlen im Mai 2014 muss sichergestellt sein, dass die Seite problemlos und fehlerfrei läuft, da es ab dann - hoffentlich - viele neue (Piraten-)Fraktionen geben wird, die das Portal nutzen wollen.

Wie einleitend bereits gesagt, ist es oft schwierig, Konzepte wie Bürgerbeteiligung und Transparenz konkret umzusetzen. Doch mit OpenAntrag wurde genau so eine Möglichkeit geschaffen. Jetzt gilt es vor allen Dingen, die Seite zu verbreiten, sie bekannt zu machen und so viele Parlamente wie möglich dafür zu begeistern. Den Menschen wird damit ein Werkzeug in die Hand gegeben, sich direkt an der Politik zu beteiligen.

Eine Ausweitung auf Landes- bzw. Bundesebene ist sicherlich wünschenswert, doch besonders auf kommunaler Ebene ist diese Art der Beteiligung sehr effektiv. Probleme und Ideen tauchen oftmals im näheren Umfeld auf, für die normalerweise die Kommune, Stadt etc. verantwortlich ist. Genau dafür stellt OpenAntrag momentan die beste Lösung dar, die in Zukunft hoffentlich noch ausgeweitet werden kann.

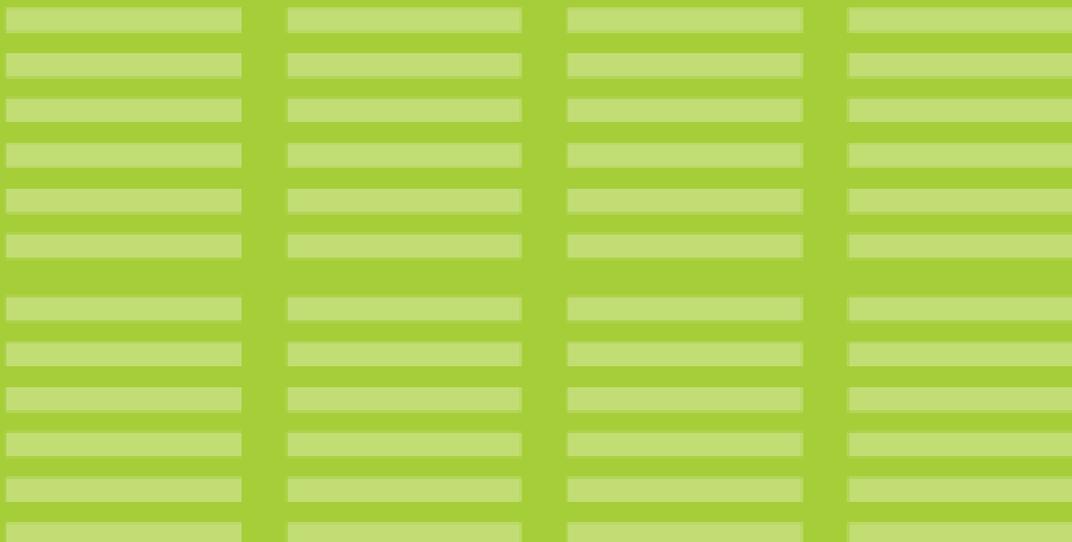
# Buchbesprechung – GEHEIMER KRIEG

geschrieben von Sperling



Letztes Jahr, Mitte September, erschien das Buch „Geheimer Krieg“ von Christian Fuchs und John Goetz bei Rowohlt und sorgte für viel Aufregung in Deutschland - zumindest vordergründig. Der geneigte Leser erfuhr, wie sehr Regierung und Geheimdienste in illegale, grundrechtswidrige Aktivitäten verwickelt waren und sind bzw. in welchem Umfang sie diese selbst veranlassten.

Wir lesen, wie deutsche Bürger mit Unterstützung deutscher Beamter durch amerikanische Drohnen exekutiert werden – ohne Gerichtsbeschluss. Wir erfahren, dass das BKA sog. „Antiterrorereinheiten“ in Kenia (die auch schon mal unschuldige entführen und den Amerikanern überstellen) mit Fahrzeugen versorgen und ausbilden – vorgeblich in Terrorismusbekämpfung. Wer sich bereits früher mit den vorgeblichen Verschwörungstheorien rund um die Datenschnüffelei der NSA beschäftigte, erfährt, dass nicht wenig davon in Deutschland – unweit des Deutschen Internetknotens DECIX – betrieben wird. Und so weiter, und so fort.



Jetzt könnte man sagen: Hey, das haben wir doch schon immer gewusst oder vermutet, was soll die Aufregung. Richtig, das haben wir - aber nicht in dieser Dimension. Wie bei der Affäre um Prism konnten die Regierenden bisher sagen „Das stimmt alles gar nicht“ oder „Das sind Verschwörungstheorien“ - und da es keine Belege gab war „man“ machtlos. Heute ist das anders - durch Snwoden wissen wir um Prism, die NSA und alles darum herum, und durch das hier besprochene Buch wissen wir, wie sehr sich deutsche Regierungen und vor allem Geheimdienste einen Dreck um Rechtsstaatlichkeit und Moral scheren.

Was besonders erschreckt, ist, mit welcher Skrupellosigkeit bei der Einrichtung der AFRICOM das Parlament umgangen wurde und wird - und niemand kann etwas dagegen tun. Ich meine, wozu haben wir ein Parlament wenn bei Fragen von Krieg oder Frieden dieses umgangen wird? Das Parlament verkommt immer mehr zu einem Abnickverein, und wenn es umgangen wird tut es nichts. Mit den Stimmen der CDU, CSU und der SPD –

die auch in Ausschüssen und Untersuchungskommissionen die Mehrheit haben – werden alle Anträge der Opposition, die Aufklärung bringen könnten, abgelehnt.

Das Buch ist sehr lehrreich und zeigt auf wie sehr der vorgebliche Kampf gegen den Terror dazu genutzt wurde und wird, parlamentarische und rechtsstaatliche Regelungen zu umgehen oder zu ignorieren. Leider ist der Effekt auf die öffentlichen Wahrnehmung nur begrenzt – es läuft der übliche „Schweinezyklus“ aus Überraschung, Empörung, Diskussion in Talkshows und vergessen - und das Thema verschwindet wieder.

Vielleicht wäre eine Salamtaktik, wie sie bei den Informationen von Edward Snwoden verwendet wird, besser gewesen. Die Autoren hatten sich aber entschlossen, ihr Wissen nicht in Zeitungsartikel sondern in ein Buch zu gießen – ein Vorgehen das ich unterstütze. Denn im Gegensatz zu einem Zeitungsartikel, dessen Inhalte auf Geheiß eines Ressortleiters, Chefredakteurs bzw. des/der Herausgeber schon

mal variiert werden kann, enthält ein Buch alles was der Autor drinhaben will - nicht weniger, aber auch nicht mehr.

Meine Empfehlung: Lesen, verstehen, das Wissen integrieren und bei der nächsten Verschwörungstheorie rund um Staat und die sogenannten Sicherheitsbehörden nicht sofort „absurd“ denken sondern sich fragen, ob das stimmen kann. Das Buch erschien gebunden und als DRM-geschütztes E-Book - ich empfehle euch die gebundene Version, die könnt ihr auch mal eurem Nachbarn geben wenn ihr sie gelesen habt.

# BPT Rückblick

geschrieben von Michael Renner,  
bearbeitet von Holger Brbach

Die Flaschenpost legte dem Vorstand die Karten - und landete mit der Vorhersage meistens knapp daneben. Aber wer sind die neuen Vorstände? Nach jedem Parteitag wird heiß diskutiert, ob der Vorstand nun „kerniger“ oder „progressiver“ sei. Diese Frage wird sich mit Sicherheit erst am Ende der Amtsperiode beantworten lassen. Fest steht: Im Vorstand sitzen weder Berliner noch Saarländer, keine Niedersachsen, Badener oder Württemberger. Allerdings sind vier Mitglieder im neuen sieben-köpfigen Vorstand Frauen - ganz ohne Quote. Diese Beobachtung mag die Grundlage zukünftiger Kaffeesatzlesereien bilden.



Thorsten Wirth | CC-BY 3.0 Tobias M. Eckrich

**Thorsten Wirth**, neuer Vorsitzender, 45, Softwareentwickler aus Frankfurt, seit 2006 Pirat. Von 2009 – 2010 war Wirth bereits Beisitzer im Bundesvorstand. Er ist Mitbegründer des Landesverbands Hessen und seit 2007 engagiert er sich als Co-Organisator von Demonstrationen und Referent zu den Themen Leistungsschutzrecht und Datenschutz.



Caro Mahn-Gauseweg | CC-BY 3.0 Tobias M. Eckrich

**Caro Mahn-Gauseweg**, Stellvertretende Vorsitzende, aus Sachsen, seit 2011 dabei. Carolin Mahn-Gauseweg ist technikaffin. Die 32-Jährige war zuletzt Beisitzerin im Landesvorstand Sachsen und engagiert sich auf Bundesebene maßgeblich in Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik sowie der Verkehrspolitik. Im Bundesvorstand möchte sie sich für eine bessere Strukturierung der programmatischen Arbeit und eine stärkere Fokussierung auf Kernthemen der Partei einsetzen. Die Schienenfahrzeugingenieurin lebt in Görlitz.



Internationales Treffen beim BPT 2013.1 | CC-BY-SA 3.0 Olaf Konstantin Krüger



Björn Niklas Semrau | CC-BY 3.0 Tobias M. Eckrich

**Björn Niklas Semrau**, politischer Geschäftsführer. Er gehörte 2006 zu den Gründern der Partei, ist heute Mitglied im LV Hessen. Geboren wurde er am 2. Dezember 1978 in Jugenheim, lebt heute in Darmstadt und ist verheiratet. Er studiert Politikwissenschaft und Geschichte an der TU Darmstadt und arbeitet bei der Deutschen Telekom. Er engagierte sich bisher als Koordinator der AG Außen- und Sicherheitspolitik. Im Bundesvorstand wird er die Außenwirkung der Partei verbessern und nach innen einigend wirken.



Stefan Bartels | CC-BY 3.0 Tobias M. Eckrich

**Stefan Bartels**, Schatzmeister, Kiel. Der 1967 in Lüneburg geborene Bartels trat im Frühjahr 2011 in die Piratenpartei ein. Er ist seit Juni 2011 als Rechnungsprüfer im Landesverband Schleswig-Holstein, war zur Landtagswahl 2012 Direktkandidat im Wahlkreis 9 (Eckernförde) sowie Listenkandidat und ist seit 2012 Schatzmeister. Nun wird er seine Fähigkeiten auch bundesweit einsetzen. Zuverlässig und hilfsbereit arbeitet er seit Anfang 2013 im Bundesschatzmeisterteam mit.



Stephanie Schmiedke | CC-BY 3.0 Tobias M. Eckrich

**Stephanie Schmiedke**, 32, Generalsekretärin. Sie trat am 23.01.2010 in die Piratenpartei ein. In dem Jahr machte sie beim Straßenwahlkampf zur Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen mit, was sich 2012 wiederholte. Stephanie Schmiedke gehört zu den Mitgründern einiger AGs und Crews. Sie bezeichnet sich selbst als Bingen-Veteranin.



Veronique Schmitz | CC-BY 3.0 Tobias M. Eckrich

**Veronique Schmitz**, stellvertretende Generalsekretärin, 33 Jahre alt, aus Köln ist Fachberaterin für Krankenkassen. Seit April 2012 ist sie Piratin mit Themenschwerpunkt Gesundheitspolitik und Assistentin des Bundesvorstands. Sie möchte die interne Kommunikation und die technische Organisation der Vorstandsarbeit vorantreiben.

**Gefion Thürmer**, stellvertretende Generalsekretärin. Geboren wurde sie 1983, ist Kulturwissenschaftlerin und lebt in Oxford, Großbritannien. In der Piratenpartei ist sie seit 2009 aktiv. Hier betreut sie seit 2010 die Flaschenpost. Sie war bereits 2011/12 als Beisitzerin im Bundesvorstand.



Gefion Thürmer | CC-BY 3.0 Tobias M. Eckrich

# Wie laufen PARTEITAGE?

geschrieben von Pascal Garen

Die Piratenpartei wird in der Öffentlichkeit durchaus mit Interesse betrachtet. Es geht das Gerücht um, dass unsere Parteitage etwas anders ablaufen, als bei anderen Parteien. Wir kamen zufällig mit P. aus Q. darüber ins Gespräch:

P. aus Q.: Ich bin ja kein Pirat, aber ich bin durchaus politisch interessiert und habe mal einen Eurer Parteitage verfolgt. Da sind mir einige Fragen in den Sinn gekommen.  
Flaschenpost: Frag ruhig.

P. aus Q.: Welche Bedeutung hat der Parteitag? Was kann beschlossen werden, welche Arten von Parteitag gibt es?  
Flaschenpost: Ein Parteitag ist das höchste beschlussfassende Organ der jeweiligen Gliederung einer Partei. Dort können durch Abstimmungen Beschlüsse für die Gliederung gefasst werden. Die Beschlüsse sind bindend für die Gliederung.



Was dort beschlossen wird, ist juristisch relevant. D. h., falls man der Meinung ist, das auf dem Parteitag etwas passiert, dass geltenden Gesetzen widerspricht, kann man dagegen klagen. Die Einhaltung der Beschlüsse kann zur Not vor Gericht erstritten werden, auch wenn es in der Regel nicht dazu kommt, da die Beschlüsse durch eine neue Abstimmung auch wieder geändert werden können. Parteitage gibt es für jede Gliederung, d. h. für die Piratenpartei Deutschland, jeden Landesverband, jeden Bezirksverband, jeden Kreisverband und jeden Ortsverband.

P. aus Q.: Wer ist auf einem Parteitag stimmberechtigt? Gibt es Delegationen?

Flaschenpost: Auf einem Parteitag stimmberechtigt sind anwesende Parteimitglieder die ihre Anwesenheit ordnungsgemäß haben registrieren lassen, d. h. die akkreditiert sind. Man ist auf dem Parteitag jedoch nur stimmberechtigt, wenn man seinen Mitgliedsbeitrag bezahlt hat. Es gibt bei der Piratenpartei keine Delegierten wie bei anderen Parteien, auch wenn es einen Landesverband gibt, der das bereits relativiert hat.

P. aus Q.: Welche Wahlmodi gibt es?

Flaschenpost: Die Art und Weise, wie abgestimmt wird, kann von dem Parteitag jeweils neu festgelegt werden. Es gibt einige Abstimmungsverfahren, die sich bewährt haben. Für normale Beschlüsse sind mehr Ja- als Nein-Stimmen erforderlich. Für besonders wichtige Beschlüsse, wie z. B. Satzungsänderungen sich mindestens doppelt so viele Ja- wie Nein-Stimmen erforderlich. Bei Personenwahlen hat sich die Akzeptanzwahl bewährt. Bei dieser Wahlmethode, stehen viele Kandidaten gleichzeitig zur Wahl und man hat für jeden Kandidaten eine Stimme. Die Anzahl der Nein-Stimmen wird von der Anzahl der Ja-Stimmen für einen Kandidaten abgezogen. Das Ergebnis muss mindestens 50% der abgegebenen gültigen Stimmen für den Kandidaten betragen, damit dieser gewählt ist.

Es gibt jedoch auch noch andere Wahlverfahren, die teilweise so kompliziert sind, dass sie von nicht genügend Parteimitgliedern zu 100% verstanden worden sind.

P. aus Q.: Welche Parteitagsämter gibt es, und wofür?

Flaschenpost: An Parteitagsämtern gibt es den Versammlungsleiter und dessen Stellvertreter, den Wahlleiter, dessen Stellvertreter und dessen Wahlhelfer, sowie den Protokollanten. Der Versammlungsleiter erteilt und entzieht Rederecht, überwacht die formale Korrektheit des Ablaufs der Versammlung um juristische Schwierigkeiten auszuschließen, überwacht die Einhaltung der Tagesordnung und nimmt Abstimmungen vor, die durch Heben von Stimmkarten abgewickelt werden können. Der Wahlleiter führt die Wahlen durch, bei denen die abgegebenen Stimmen einzeln gezählt werden müssen. Zusätzlich zu den formalen Ämtern, bei denen es besonders auf formale Korrektheit ankommt, gibt es unglaublich viele weitere Aufgaben, ohne deren Erfüllung der Parteitag nicht ablaufen könnte.

P. aus Q.: Wie bringe ich einen Antrag auf die Liste? Wie wird die Liste zusammengestellt?

Flaschenpost: Es gibt für jeden Parteitag eine Antragsfrist. Über diese Frist werden die Mitglieder der Gliederung rechtzeitig vorher in der Regel per E-Mail benachrichtigt. Um einen Antrag auf die Liste zu bekommen, schreibt man den Text des Antrages und schickt den Text rechtzeitig vor Ablauf der Frist an den Vorstand der jeweiligen Gliederung mit dem Hinweis, dass er für den Parteitag ist. Oft werden dafür spezielle E-Mail Adressen eingerichtet. Für den Parteitag gibt es eine Antragskommission, die die Anträge sichtet und sinnvoll sortiert und gruppiert. In der Regel gibt es mehr Anträge für einen Parteitag, als auf dem Parteitag behandelt werden können. Auf dem Parteitag entscheiden letztendlich die akkreditierten Mitglieder über die Tagesordnung. Damit dort eine Mehrheit für eine Tagesordnung erreicht werden kann, erfolgen oft, sofern zu viele Anträge vorliegen, vor dem Parteitag Abstimmungen darüber, welche Anträge zuerst behandelt werden sollen. Theoretisch kann jedes Mitglied eine eigene Tagesordnung für den Parteitag einreichen und zur Abstimmung stellen.

P. aus Q.: Wie läuft ein Antrag ab?

Flaschenpost: Wenn ein Antrag laut der Tagesordnung, die vom Parteitag beschlossen wurde, an der Reihe ist, erhält der Antragsteller bzw. bei mehreren Antragstellern die Antragsteller die Gelegenheit, den Antrag vorzustellen.



Dann erfolgt eine Aussprache der Versammlung über den Antrag. Anschließend wird über den Antrag abgestimmt. Wenn der Antrag laut der Abstimmung angenommen ist, muss er umgesetzt werden. Die Details des Ablaufs sind in der Geschäftsordnung des Parteitages festgelegt. Die Geschäftsordnung wird zu Beginn des Parteitages von den akkreditierten Mitgliedern beschlossen.

P. aus Q.: Wofür ist das OpenMic?

Flaschenpost: Es gibt auf einem Parteitag hin und wieder Unterbrechungen aus verschiedenen Gründen. Um diese Zeit zu nutzen, ist es üblich, dass die Versammlungsleitung einzelnen Personen Redezeit einräumt, die mit theoretisch beliebigen Inhalten gefüllt werden können, aber in der Regel in irgendeinem Bezug zum Parteitag stehen.

P. aus Q.: Welche Werkzeuge hat man als Basispirat?

Flaschenpost: Man kann Anträge einreichen, sich für alle Personenwahlen zur Wahl stellen. Geschäftsordnungsanträge stellen und an allen Abstimmungen teilnehmen. Die erlaubten Geschäftsordnungsanträge können von Geschäftsordnung zu Geschäftsordnung variieren.

## GESCHÄFTSORDNUNGSANTRÄGE:

- **Änderung der Tagesordnung:** Es wird bestimmt, was der Parteitag tun soll.
- **Änderung der Geschäftsordnung:** Es wird geändert, nach welchen Regeln der Parteitag ablaufen soll.
- **Einholung eines Meinungsbildes:** Es wird über eine vom Antragsteller gestellte Frage abgestimmt, die mit Ja oder Nein beantwortet werden kann.
- **Wiederholung einer Abstimmung:** Eine zuvor durchgeführte Abstimmung wird verworfen und erneut durchgeführt. Es zählt nur das Ergebnis der erneuten Abstimmung.
- **Auszählung einer Abstimmung:** Das Ergebnis einer Abstimmung durch Heben der Stimmkarten wird vom Wahlleiter und seinem Team ausgezählt.
- **Antrag auf geheime Abstimmung:** Eine Abstimmung wird vom Wahlleiter und seinem Team als geheime Abstimmung durchgeführt.
- **Beschränkung der Redezeit:** Die Redezeit von akkreditierten Mitgliedern, die kein Versammlungsamt inne haben, wird begrenzt. Die Begrenzung kann mit diesem Antrag auch wieder aufgehoben werden.
- **Schließung der Rednerliste:** Für die aktuelle Debatte werden keine weiteren Redner zugelassen, als die, die bereits auf der aktuellen Rednerliste stehen.
- **Neuwahl eines Versammlungsamtes:** Es wird erneut über die Besetzung eines Versammlungsamtes abgestimmt.

P. aus Q.: Was ist GO-Trolling, und wieso gibt es das?

Flaschenpost: GO-Trolling sind GO-Anträge, bei denen der konkrete Inhalt des Antrags erst in zweiter Linie wichtig ist, sondern die bei den anwesenden akkreditierten Mitgliedern eine möglichst starke emotionelle Beteiligung hervorrufen sollen. Auf diese Weise soll der Ablauf des Parteitages beeinflusst und geändert werden.

P. aus Q.: Wieso legen wir die GO des Parteitags nicht einmal für „alle Zeiten“ fest, bzw. was verstehen Piraten unter GO?

Flaschenpost: Die Geschäftsordnung eines Parteitages sind die formalen juristisch einklagbaren Regeln, nach denen der Parteitag abläuft. Diese Regeln müssen für jeden Parteitag neu beschlossen werden, weil das im Parteiengesetz so festgelegt ist. Es bietet sich daher an, die zur Abstimmung vorher vorbereitete Geschäftsordnung so zu gestalten, dass ein Maximum an Zufriedenheit mit dem Ablauf des Parteitages entsteht. Es ist daher durchaus sinnvoll, zwischen den Parteitagen die Geschäftsordnung, die für den nächsten

Parteitag zur Abstimmung gestellt wird, zu verbessern.

P. aus Q.: Wieso wird vor Ort so viel über Formalfoo (Wahlmodi, TO, GO) diskutiert, und nicht im Voraus geklärt?

Flaschenpost: Die hat juristische Gründe. Es sind im Parteiengesetz bestimmte Abläufe vorgesehen, die eingehalten werden müssen, um Rechtssicherheit zu erhalten. Es wird über all diese Dinge auch schon vor dem Parteitag diskutiert. Jedoch müssen bestimmte Abstimmungen, wie z. B. die Wahl der Geschäftsordnung, zwingend auf dem Parteitag selber durchgeführt werden. Und für jede Wahl gibt es dann natürlich die zugehörige Diskussion auf dem Parteitag.

P. aus Q.: Wieso schaffen wir so selten die Tagesordnung durchzuarbeiten?

Flaschenpost: Es kommt durchaus vor, dass die Tagesordnung ganz durchgearbeitet wird. Dies ist einfach eine Frage der Gruppendynamik. Manchmal schafft es die Gruppe einfach aus Mangel an Erfahrung oder Wegen der Stärke der emotionellen Beteiligung oder aus anderen Gründen nicht, die Tagesordnung ganz durchzuarbeiten. Es würde den Ablauf eines Parteitages zu sehr beeinträchtigen, wenn man die Einhaltung der Tagesordnung zeitlich stärker erzwingen würde.

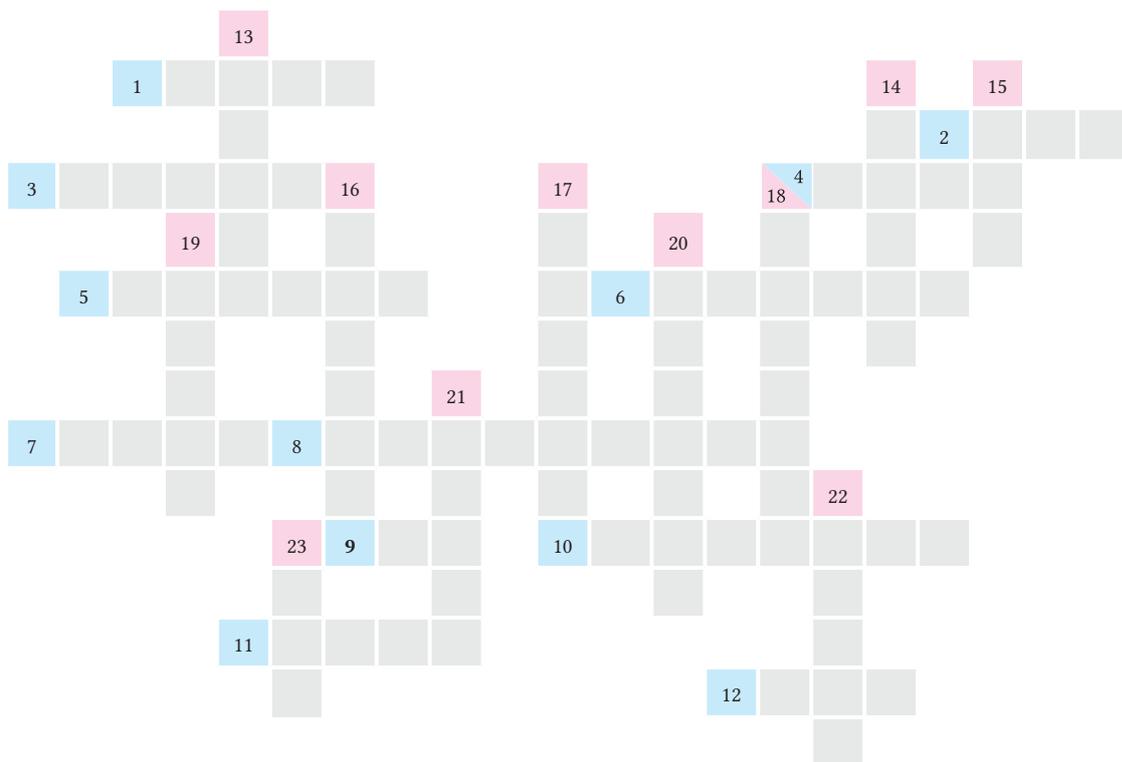
P. aus Q.: Vielen Dank.

Flaschenpost: Gerne.



# KREUZWORTRÄTSEL

erstellt von Peter Oliver Geza



## Waagrecht

1. Wird im März 2014 eingeführt
2. Männlein, Weiblein oder Eichhörnchen
3. Sitzen um zu verändern
4. Die AFD ist dagegen
5. Braucht das Schiff und der Staat um zu funktionieren
6. lat. „es möge gelingen“
7. Nicht Wessi
8. Die tun was
9. Nicht Sie
10. 4,8%
11. Macht Spaß
12. bras. Hafenstadt

## Senkrecht

13. Bekommen Förderung
14. Herr der Medien, Meister der Propaganda
15. lat. Sonne
16. Mutti
17. Kauft verfassungswidrig EnBW Aktien und stolpert darüber
18. Begleitet von großen Protesten in Frankreich
19. Gibt Pflaster
20. Was alle angeht
21. Häufigste Computermeldung
22. Der längste Vater

# SPENDEN UND FINANZEN

**Wir brauchen Spenden. Klar, jeder möchte gerne Geld bekommen. Aber Spenden für die Piraten lohnen sich gleich dreifach.**

Die staatliche, finanzielle Unterstützung von Parteien ist an ihre Stimmanteile bei Landes-, Bundestags- und Europawahlen, sowie ihre Eigeneinnahmen gekoppelt. Nach Stimmanteilen stünden der Piratenpartei im Jahr 2013 Gelder in Höhe von 1,5 Mio. Euro zu. Wir bekommen aber nur ca. 800.000 Euro ausgezahlt, weil unsere Eigeneinnahmen im vergangenen Jahr zu niedrig waren. Als für die Parteienfinanzierung relevante Eigeneinnahmen zählen alle Quellen: Egal ob Mitgliedsbeiträge, Geld-, Sach- oder Aufwandsverzichtspenden.

Jede Spende an die Piraten lohnt sich darum gleich dreifach:

1. Wir bekommen direkt Geld für unseren Wahlkampf
2. Wir bekommen im Folgejahr die selbe Summe erneut aus der Parteienfinanzierung
3. Als Steuerzahler können Spenden an politische Parteien bis zu einer Höhe von 1.650 € bei der Steuererklärung geltend gemacht werden. Die Hälfte der Summe kann dabei zurückerstattet werden.

geschrieben von Gefion Thürmer, basierend auf einem Gastartikel von Swanhild Goetze

## IMPRESSUM

### Redakteure

Christina Worm  
Guido Herzog  
Hauke Holtkamp  
Holger Burbach  
Jonathan Wahl  
Manfred Liedtke  
Markus Wetzler  
Michaela Keupp  
Mike Große-Hering  
Dr. Olaf Konstantin Krueger  
Pascal Garen  
Patrick Ratzmann  
Patrick Viola  
Peter Oliver Greza  
Sperling  
Steve König  
Yves Jandeck

### Lektoren

Corinna Dölschner  
Gregory Engels  
Jutta Schroer  
Katrin Kirchert  
Manfred Schubert  
Richard Joos

### Satz & Layout

Jonathan Dehn  
Tobias M. Eckrich  
Andreas aus Hamburg  
Baldur aus Berlin

### Adressen

**Mail:** [redaktion@flaschenpost.piratenpartei.de](mailto:redaktion@flaschenpost.piratenpartei.de)  
**Web:** <http://flaschenpost.piratenpartei.de/>

### Bilder und Fotos

*Titelbild*  
NASA  
  
*Porträts in schwarz-weiß*  
Bartjez / @bartjez  
  
*Porträts in Farbe und Fotos*  
Tobias M. Eckrich /  
@derUnterstrich  
  
*Grafiken*  
Jonathan Dehn / @jesthan

### Administration & Leitung

Gefion Thürmer  
Michael Renner

### ISSN-Print

2196-8233 - aktualisieren!!!

### V.i.s.d.P.:

Gefion Thürmer,  
Piratenpartei Deutschland,  
Pflugstraße 9a, 10115 Berlin

# Aufnahmeantrag



**PIRATENPARTEI**  
Deutschland

Hiermit beantrage ich die Mitgliedschaft bei den PIRATEN:

Vorname:	Name:
_____ Straße & Haus-Nr.:	_____ PLZ & Ort:
_____ E-Mail-Adresse <sup>1,4</sup> :	_____ Telefon <sup>1</sup> :
_____ Staatsangehörigkeit <sup>3</sup> :	_____ Geburtsdatum <sup>2</sup> :

- Ich erlaube die Nutzung meiner E-Mailadresse und meines Namens für regionale Ansprechpartner.

Wenn du PIRAT werden möchtest, schicke den unterschriebenen Antrag per Fax, E-Mail oder Post an unsere Adresse\*. Danach werden wir uns bei dir melden. Der Mitgliedsbeitrag beträgt 48 Euro pro Kalenderjahr. Bei Eintritt im Laufe des Jahres wird der anteilige Jahresbeitrag monatlich berechnet. Darüber hinaus wird ein freiwilliger Beitrag in Höhe von 1 % des Nettoeinkommens pro Jahr empfohlen.

- Ich zahle einen freiwilligen Mitgliedsbeitrag von \_\_\_\_\_ Euro pro Kalenderjahr.

Mit der Antragstellung erkenne ich die Satzungen der zuständigen Gliederungen in ihrer jeweils gültigen Fassung an.

- Es wurde in der Vergangenheit bereits ein Mitgliedsantrag bei einer Gliederung der Piratenpartei Deutschland abgelehnt.

- Antrag auf Mitgliedschaft bei den Jungen Piraten e.V.** <sup>1</sup>

Ich bin maximal 27 Jahre alt und möchte als Pirat auch die Jungen Piraten e.V. durch meinen Beitritt unterstützen. Ich erteile mit diesem Antrag die nach § 4 des Bundesdatenschutzgesetzes notwendige Einwilligung, dass die in diesem Formular gemachten Angaben an die Jungen Piraten e.V. übermittelt und ausschließlich für diese Zwecke verarbeitet werden dürfen. Die Jungen Piraten e.V. werden sich dann mit dem Antragsteller in Verbindung setzen.

Der Mitgliedsbeitrag bei den Jungen Piraten beträgt 12,00 Euro im Jahr und ist zum 1.1. des Jahres fällig. Wenn du mehr als 12,00 Euro im Jahr zahlen möchtest, trage bitte hier den Beitrag ein, den du bereit bist zu zahlen: \_\_\_\_\_

- Antrag auf Ermäßigung des Mitgliedsbeitrags (optional)**

Ich beantrage für das Kalenderjahr eine Ermäßigung meines Mitgliedsbeitrags auf \_\_\_\_\_ Euro, weil die Zahlung des vollen Mitgliedsbeitrags für mich eine finanzielle Härte bedeutet. Auf Anforderung werde ich einen Nachweis an den zuständigen Vorstand senden.

- Newsletter**<sup>1</sup>

Ich möchte die aktuellen Informationen der Piratenpartei an oben genannte E-Mailadresse gesendet bekommen.

## Datenschutz

Die Piratenpartei Deutschland bzw. die Jungen Piraten e.V. verarbeiten die in diesem Aufnahmeantrag enthaltenen Angaben zur Person für ausschließlich interne Zwecke der Partei bzw. des Vereines. Nach § 4a des Bundesdatenschutzgesetzes bedarf dies deiner vorherigen schriftlichen Einwilligung, die du gleichzeitig mit dem Antrag auf Mitgliedschaft in der Partei erteilst. Es wird zugesichert, dass deine Daten unter strikter Beachtung der Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verarbeitet werden.

## \*Adresse:

Piratenpartei Deutschland  
Bundesgeschäftsstelle  
Pflugstraße 9a  
10115 Berlin

Telefon: 030 - 2757 2040

Telefax: 030 - 609897 517

E-Mail: [mitglieder@piratenpartei.de](mailto:mitglieder@piratenpartei.de)

<sup>1</sup> optional

<sup>2</sup> Das Mindestalter liegt bei 16 Jahren.

<sup>3</sup> Deutsche Staatsangehörigkeit ist nicht notwendig.

<sup>4</sup> Unsere Kommunikation läuft hauptsächlich über E-Mail. Ein funktionierendes Postfach ist angeraten.

Ort, Datum und Unterschrift des Antragstellers

Ort, Datum und Unterschrift des/der Erziehungsberechtigten



**FLASCHENPOST**  
*Nachrichtenmagazin der Piraten*